

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

185 · März 2006

Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

aus dem Inhalt

VorSatz	195
Essay	
JÖRN SCHÜTRUMPF Deutschland verändert sich zur Kenntlichkeit. Vier Thesen	197
Karl Marx, Rosa Luxemburg und die Erben	
WERNER RUF Barbarisierung der Anderen – Barbarisierung des Wir	222
EVELIN WITTICH Rosa Luxemburg und die Diskussionen der sozialistischen Linken in der Gegenwart	237

VorSatz

Das ist das Übliche: Steht ein einigermaßen runder Geburtstag einer bedeutenden Persönlichkeit – möglichst einer schon verblichenen – ins Haus, wird dies von einer jeweils interessierten Klientel genutzt, um an die jeweilige Persönlichkeit zu erinnern, ihre anhaltende Bedeutung zu würdigen und sich vor allem selbst zu präsentieren – um sie am Tag danach prompt wieder in der Versenkung des Vergessens verschwinden zu lassen. Bei Rosa Luxemburg ist das irgendwie anders. Jährlich erinnert im Januar eine große Demonstration in Berlin an den Mord an ihr und an Karl Liebknecht. Die Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft veranstaltet alle zwei Jahre eine Konferenz. Die feministische und insbesondere die sozialistische Frauenbewegung beziehen sich auf sie. Wer sich geistig ausgegrenzt fühlt, appelliert in ihrem Namen an die Rechte der Andersdenkenden. Seit mit dem Stalinismus auch der Leninismus ins Gerede gekommen ist, sucht man doch lieber nach einem Zitat von Rosa, als daß man auf eines von Wladimir Iljitsch zurückgreift.

Am 5. März jährt sich nun zum 135. Mal der Tag, an dem Rosa Luxemburg in der kleinen Stadt Zamość im Gouvernement Lublin im russisch okkupierten Teil Polens geboren wurde. Jedenfalls hat man sich auf dieses Datum geeinigt, ganz gesichert ist es wohl nicht, mitunter wurde auch der 25. Dezember 1870 angegeben. Wie dem auch sei, der 5. März fällt in diesem Jahr auf einen Sonntag. An den beiden Tagen zuvor veranstaltet die Stiftung, die ihren Namen trägt, eine internationale Konferenz in Berlin. In diese Ausgabe unserer Zeitschrift haben wir vor allem Beiträgen aufgenommen, die in der Traditionslinie Rosa Luxemburgs stehen und entsprechende Diskurse weiterführen.

Was macht die Wirkung der Rosa Luxemburg bis in unsere Tage aus? Zum einen hat sicher eine Bedeutung, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht so reich ist an Frauen, die ein umfangreiches publizistisches Werk hinterlassen haben. Zum anderen ist anhaltend faszinierend, dass sie Theoretikerin und Politikerin war, dass sich bei ihr das Theoretische vom Politischen nicht trennen läßt und umgekehrt. Schließlich – und das ist die These hier – war sie reflektierende Zeitgenossin mehrerer komplex miteinander verflochtener Umbrüche in der Gesellschaft. Technologische Entwicklungen wurden intensiv wirtschaftlich genutzt (Elektroenergie, Verbrennungsmotor, chemische Stoffumwandlung, neue Nachrichtentechniken usw.). Damit ging die Entwicklung der Großindustrie einher, die einerseits neue Gruppen in die Arbeiterklasse hineinzog und andererseits soziale Absteiger aus dem mittleren und kleinen Bürgertum produzierte. Der Umbruch vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus hing damit

zusammen. Die Arbeiterbewegung hatte sich formiert. Die stärksten Länder agierten als imperialistische Mächte. Immer deutlicher zeichnete sich die Gefahr von Kriegen in bisher nicht gekannter Qualität ab.

Im Jahr 1910 formulierte Rosa Luxemburg: »Die moderne proletarische Klasse führt ihren Kampf nicht nach einem fertigen, in einem Buch, in einer Theorie niedergelegten Schema; der moderne Arbeiterkampf ist ein Stück in der Geschichte, ein Stück der Sozialentwicklung, und mitten in der Geschichte, mitten in der Entwicklung, mitten im Kampf lernen wir, wie wir kämpfen müssen. ... Das ist ja gerade das Bewundernswerte, das ist ja gerade das Epochenmachende dieses kolossalen Kulturwerks, das in der modernen Arbeiterbewegung liegt: daß zuerst die gewaltige Masse des arbeitenden Volkes selbst aus eigenem Bewußtsein, aus eigener Überzeugung und auch aus eigenem Verständnis sich die Waffen zu ihrer eigenen Befreiung schmiedet. Und deshalb ist es außerordentlich wichtig, daß wir solche kurzen Momente des Stillstandes zwischen Schlachten, wie wir sie hier erleben, vollauf ausnutzen zu kriegerischen Erwägungen, zur Analyse, zur Prüfung aller Seiten, aller Fragen, aller Probleme, die das Leben an uns stellt.«¹

1 Rosa Luxemburg: Der politische Massenstreik und die Gewerkschaften, in: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1990, S. 465.

An diesen Aussagen sind – bezogen auf die Umbrüche und Herausforderungen unserer Zeit – vor allem drei Aspekte beachtenswert. Erstens ist Arbeiterbewegung oder überhaupt Bewegung für gesellschaftliche Alternativen nicht vorstellbar als Realisierung eines theoretisch vorgefertigten Planes, sondern vor allem eine Bündelung selbstorganisierter Lernprozesse, politische Akteure der Linken haben nur eine Chance, wenn sie sich dort einbringen – als Beteiligte, nicht als arrogante Oberlehrer. Zweitens kann diese Bewegung nur etwas bewirken, wenn sie die sich vollziehenden gesellschaftlichen Veränderungen, die Umbrüche, Krisen und die Herausforderungen reflektiert und analysiert. Und drittens ist das immer auch ein kultureller Vorgang.

Die gegenwärtig existierende Chance, daß sich eine linke politische Kraft mit erheblichem politischem Gewicht und Einfluß formieren kann, eine gesamtdeutsche politische Linke, hängt zum einen mit der aktuellen komplexen Umbruchssituation zusammen: dem unipolaren Imperialismus und den neuen Kriegen, dem Diktat des Finanzkapitals und der neoliberalen Hegemonie, den technologischen Entwicklungen mit den Veränderungen in der Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters und der Massenarbeitslosigkeit, dem demographischen Wandel und der Migration, dem Absenken der Lohnquote und der Krise der öffentlichen Finanzen, regionaler Differenzierungen, Abbau sozialer Sicherungssysteme, Krise des Bildungssystems usw. Das produziert Verunsicherung und Unzufriedenheit, auch Unzufriedenheit mit der Sozialdemokratie und ihrer Indienstnahme für neoliberale Umbaupolitik. Dadurch wird der Raum für linke Politik breiter. Dieser Raum und damit die Chance für die Formierung einer einflußreichen linken Kraft kann aber nur genutzt werden, wenn das gestaltet wird als »ein Stück Sozialentwicklung«, als Beteiligung an stattfindenden Bewegungen, verbunden wird mit gründlichen Analysen der Umbrüche und krisenhaften Prozesse und verstanden und realisiert wird als kultureller Vorgang, z. B. zwischen westlicher sozialdemokratisch geprägter Gewerkschaftskultur und östlichen marxistisch geprägten Gesellschaftsvorstellungen. Das wäre ganz im Sinne von Rosa Luxemburg,

JÖRN SCHÜTRUMPF

Deutschland verändert sich zur Kenntlichkeit

Vier Thesen

Das Ende des Kalten Krieges, verursacht durch den Zusammenbruch des Ostblocks 1989 und den der UdSSR 1991, wurde in der alten Bundesrepublik Deutschland bis Anfang dieses Jahrzehntes vielfach mißverstanden. Weit verbreitet war die Ansicht: Im Osten ändert sich alles, im Westen nichts.

Jedoch: Die ökonomischen Eliten teilten diese Meinung nicht. Denn schon seit Mitte der siebziger Jahre kamen sie mit ihrem eigenen »Modell Bundesrepublik«, dem Rheinischen Kapitalismus, nicht mehr zurecht und waren deshalb zu Anfang der neunziger Jahre fest entschlossen, die sich ändernde Situation zu nutzen und ihre Probleme auf Kosten derjenigen zu lösen, die nicht von der Arbeit anderer leben. Das sogenannte Wirtschaftswunder, die lange, bis 1973 dauernde Nachkriegskonjunktur hatte sie mit überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten, anfangs mit mehr als acht, später immer noch mit fünf Prozent verwöhnt. Ermöglicht worden waren diese Raten durch ein günstiges Zusammenwirken von fünf Faktoren: der Rekonstruktion der durch Krieg und Nachkrieg gestörten Wirtschaft, des Willens einflußreicher Eliten in den USA, den Fehler von 1919 ff. nicht zu wiederholen (als man Deutschland vorsätzlich im sozialen Ruin gehalten und damit dem Nationalismus in die Arme getrieben hatte), der international dominierenden, auf innergesellschaftlichen Ausgleich zielenden, Idee einer »sozialen Marktwirtschaft« sowie der Neuordnung des Welthandels und damit der Öffnung des Weltmarktes auch für deutsche Waren; letzteres war Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg weitgehend verwehrt geblieben. Unter diesen Bedingungen, zu denen die Konkurrenz mit dem Ostblock um das lebenswertere Gesellschaftssystem hinzutrat, hatten sich die ökonomischen Eliten der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren auf ein an sich »undeutsches« Gesellschaftsmodell eingelassen: »Leben und leben lassen.«

Seit Anfang der neunziger Jahre befindet sich Deutschland nun auf dem Rückweg zur »deutschen Klassengesellschaft« mit vielen ihrer heute schon vergessenen Widerwärtigkeiten. Natürlich gibt es keine schlichte Neuauflage, sondern es geht um die erneute Ausformung einiger Grundzüge, die dem Kapitalismus auf deutschem Boden schon einmal, zwischen 1850 und 1950, innewohnten.

These 1: Das Lumpenproletariat kehrt zurück

Der Begriff Lumpenproletariat hatte lange Zeit – wenn überhaupt, dann – nur historische Relevanz. Mit Lumpenproletariat war in der

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956, Dr. phil., Historiker, Redakteur von UTOPIE kreativ. zuletzt in UTOPIE kreativ: Denken »ohne Geländer«. Die Linke an der Schwelle zur Mündigkeit?, Heft 179 (September 2005).

Überarbeiteter Vortrag, der am 17. Dezember 2005 auf einer Veranstaltung der Gabriel-Peri-Stiftung Paris gehalten wurde.

Der Neoliberalismus ist vor allem durch Marktradikalismus gekennzeichnet. Seine Wurzeln reichen bis in die liberale Klassik, besonders zu Adam Smith und seiner zentralen These vom Markt als der Wohlstand sichernden »invisible hand«, der unsichtbar lenkenden Hand, zurück. Neben der Fiktion des »freien Marktes«, der in Wirklichkeit hochgradig vermachet ist, sind die Liberalisierung der Weltmärkte, das heißt das Niederreißen aller die Kapitalexpansion behindernden Schranken, die soziale Deregulierung und last but not least die Unantastbarkeit des privaten Kapitaleigentums die zentralen neoliberalen Glaubenssätze ... Der Neoliberalismus zielt in unterschiedlichen Varianten auf eine Vorherrschaft von Finanzkapital, autoritären politischen und militärischen Eliten sowie der ökonomisch-kulturellen Oberschichten. Dieter Klein (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2003, S. 72 f.

ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine bewußt pejorative Bezeichnung für jene sozialen Opfer gewählt worden, die bei der Freisetzung des Kapitalismus an den Rand der Gesellschaft geschleudert worden waren, sich dort ein Leben jenseits der herrschenden Normen einzurichten gesucht hatten und für das »normale Leben« als verloren galten. Eugen Sue hat mit seinem aufstörenden Bestseller »Die Geheimnisse von Paris« 1843 ihnen ein bis heute gültiges literarisches Dokument gesetzt. Eine zweite Welle der Lumpenproletarisierung zeugte unter den überlebenden Frontsoldaten, die nur das Töten gelernt hatten, der Erste Weltkrieg: eine Opfergruppe, die während der Inflation 1923 und in der Weltwirtschaftskrise ab 1929 völlig abstürzte und zumeist bis heute absichtsvoll von allen Lagern übersehen wird.

Erst recht gilt die Anwendung des Begriffs Lumpenproletariat auf heutige Zustände als unfein. In den vergangenen Jahren ist mit der Forderung nach »political correctness« eine neue Herrschaftstechnik erfolgreich etabliert worden, durch die jedem Stigmatisierung droht, der Mißstände nicht mit Euphemismen oder wenigstens pseudowissenschaftlichem Verschleierungsvokabular im Herrschaft stabilisierenden Nebel beläßt, sondern wagt, die Dinge beim Namen zu nennen. Neu ist der Vorgang nicht. Auch die Restauration nach der Niederwerfung Napoleons, das deutsche Kaiserreich, der Nationalsozialismus und der reale Sozialismus kannten ihre Spielarten von Sklavensprache. Um Begriffe wie Lumpenproletarisierung bzw. Lumpenproletariat zu vermeiden, wird heute selbst vor absurdesten Verballhornungen nicht zurückgeschreckt. Im Moment ist das Vokabelkastrat Prekarisierung besonders en vogue. Nur die Betroffenen verstehen es nicht und verweigern sich seiner Verwendung; womit es seine Aufgabe erfüllt hat.

Im folgenden wird, im Wissen um alle zweifellos vorhandenen Unzulänglichkeiten, bewußt der Begriff Lumpenproletariat verwendet – mit dem Ziel, einen aussagestärkeren Begriff zu finden, den es meines Erachtens tatsächlich dringend zu finden gilt.

Die zum Jahresanfang 2005 in Szene gesetzte Reorganisation der Verwaltung jener Menschen, die von Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind, gilt heute selbst in den Elite hörigen sowie in den den Eliten gehörenden Medien als nicht kaschierbarer Mißerfolg. Die Anti-Hartz-IV-Montagsdemonstrationen im Sommer und Herbst 2004, also die Massenproteste im Vorfeld der sogenannten Reform, haben dazu auf ganz überraschende Weise beigetragen. Zwar konnte durch sie die Praxis eines flächendeckenden Offenbarungseides für Arme nicht verhindert werden, doch erlebten sie viele Menschen als Befreiung aus der Ohnmacht der Einsamkeit durch falsch verstandene Scham. Die Anti-Hartz-IV-Proteste verliehen vielen Armen den Mut, beim Staat um Unterstützung nachzufragen, wodurch die auf Einsparung abgestellten Kalkulationen schnell zu Makulatur wurden. Erfaßt sind im Augenblick 3,7 Millionen Haushalte, im Staatskauterwelsch »Bedarfsgemeinschaften« geheißen, mit 4,9 Millionen in Arbeit zu vermittelnden Menschen, außerdem 1,7 Millionen nicht in Arbeit vermittelbare Sozialhilfeempfänger. Mit Angehörigen, darunter viele Kinder, sind das insgesamt etwa zehn Millionen Menschen. Vielen, vor allem denen, die sich zuvor vor dem Gang zu den Äm-

tern scheuten, aber auch jüngeren Menschen mit geringen Ansprüchen gegenüber der Arbeitslosenverwaltung, geht es mit 345 € (früher im Osten: 331 €) plus Miete besser als 2004; noch mehr Menschen, vor allem älteren mit höheren Ansprüchen gegenüber der Arbeitslosenverwaltung, geht es aber deutlich schlechter. Weil aber insgesamt viel mehr Menschen als »geplant« – der »Staatsplan« sah 2,5 statt 3,7 Millionen bedürftige Haushalte vor – ihre Armut nicht mehr verschweigen, muß der Staat deutlich mehr Geld ausgeben als 2004; von den Kosten, die das Bürokratien immanente Mißmanagement erzeugen, nicht zu reden.

Von den 4,9 Millionen in Arbeit zu vermittelnden Menschen sind allerdings 650 000 keineswegs ohne Arbeit. Sie sind Opfer rot-grüner Arbeitsmarktpolitiker, die jahrelang die Schaffung sogenannter Niedriglohnjobs propagierten sowie förderten und damit die Kranken- und Rentenkassen um Einnahmen brachten, die der Staat jetzt kompensieren muß. Diese bedürftigen Menschen gehen einer Arbeit nach, wurden aber trotzdem in die Demütigung eines Offenbarungseides hineingezwungen, weil sie sich von ihrer Hände Arbeit allein nicht erhalten können und sich deshalb einen Teil ihrer Existenzkosten vom Staat erstatten lassen müssen.

Noch asozialer sind die so genannten 1-Euro-Jobs; 250 000 der 4,9 Millionen Menschen sind gezwungen, um Unterstützung zu erhalten, sich in gemeinnützigen Einrichtungen, ironischerweise zumeist auch noch sozialer Natur, zu Zwangsarbeit für Billigstlohn pressen zu lassen. Die Folge: Bisherige Arbeitsverhältnisse zu Existenz sichernden Löhnen werden durch Billigstlöhner verdrängt – die ihrerseits keine Chance erhalten, je aus dem Paria-Dasein wieder herauszukommen. Teuer für den Staat ist diese von Politbürokraten ersonnene Konstruktion außerdem, da auch hier die durch den einzelnen zu entrichtenden Sozialbeiträge entfallen und deshalb von der Allgemeinheit aufzubringen sind.

Als wäre das nicht genug, wächst seit 2001 auch noch beständig das Heer der Langzeitarbeitslosen – Menschen, die länger als acht Monate arbeitslos sind –, also vieler Hartz-IV-Empfänger in spe. Allein von 2003 zu 2005 nahm ihre Zahl von 1,53 auf 1,8 Millionen zu.

Nach sieben Jahren rot-grüner Regierungspolitik haben sich am Rand der Gesellschaft (a)soziale Verhältnisse in einem Maße verfestigt wie seit 1932 nicht mehr. Wie nach dem Ersten Weltkrieg stürzen täglich aus fast allen sozialen Schichten Menschen oft ohne Vorwarnung ab. Ein »modernes« Lumpenproletariat ist im Werden.

Wird der normale Medienkonsument mit all dem ab und an zumindest noch ausschnittsweise konfrontiert, erfährt er über die Lage vieler Zuwanderer aus den ärmsten Teilen der Welt zumeist nichts, es sei denn, er sucht sehr gezielt nach Information. Zwar herrschen in Deutschland keine Zustände wie in Frankreichs Trabantenstädten; aber wie die Lebenslage vieler der mehrfach ausgegrenzten Ausländer, vor allem der Frauen und Kinder, ist – darüber schweigen die Medien aus gutem Grund, und eigentlich will es eine Mehrheit der Deutschen auch nicht wissen. »Hauptsache, sie zünden unsere Autos nicht an.«

Zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem haben die politischen und wirtschaftlichen Eliten Deutschlands einen großen Teil der Ju-

Rot-grüne Gesellschaftspolitik bedeutete aus dem Blickwinkel der Achtundsechziger vielfachen und oft stillen Verzicht ... Die Linke lernte »das Kapital« lieben und überredete es mit ungeanteten Steuergeschenken ... Im Frühjahr 2003 fiel diesem Anpassungsdruck auch das Tabu der Elitförderung anheim. Anfang 2004 beschloß die Regierung, aus deutschen Massenuniversitäten einige herausragen zu lassen. Später stellte man zwar fest, daß Elite nicht per Kabinettsbeschluß herzustellen war, doch wieder war eine ideologische Bastion dem ökonomischen Druck geopfert worden. Peter Carstens: Die schönste Form der Hausbesetzung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. September 2005.

Wo die Linke sich wandelte,
brauchte die Rechte bloß
zu schweigen.

Peter Carstens: Die
schönste Form der Haus-
besetzung, a. a. O.

Man ist übrigens mit den
Kommunisten nach 1990
schlimmer umgegangen
als am Beginn der Bundes-
republik mit den ehemaligen
Nazis. Wenn wir mit den
Kommunisten etwas tole-
ranter umgegangen wären,
wäre das Desaster, wie
wir es heute in den neuen
Ländern erleben, möglicher-
weise etwas glimpflicher
abgelaufen.

Alt Bundeskanzler Helmut
Schmidt, in: Der Spiegel,
2. Januar 2006, S. 51.

Bei einem Mörder werden
nach 15 Jahren die bürgerli-
chen Ehrenrechte wieder
hergestellt. Für einen IM
hingegen gilt, unabhängig
davon, was er getan hat:
lebenslänglich.

gend gemacht. Wurden die nachwachsenden Generationen von den verschiedenen Systemen seit 1933 – aus zweifellos sehr unterschiedlichen Motiven – stets umworben, erleben nun große Teile einer jungen Generation erstmals seit der Weltwirtschaftskrise wieder, daß niemand auf sie wartet, daß niemand sie braucht – bestenfalls, wenn überhaupt, dann als das wehrlose Ausbeutungsobjekt »Praktikant«, das jederzeit weggeworfen werden kann. Während sich in Frankreich unterdessen wenigstens eine eigenständige Praktikantenbewegung formiert hat, ist selbst davon in Deutschland bisher nichts zu erkennen – nicht einmal eine politische Kraft, die daran ein Interesse hätte. In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten wurden in der Großindustrie mit der Umstellung auf eine ausschließlich am Aktienkurs orientierte Betriebswirtschaft nicht nur systematisch Arbeitsplätze, sondern auch Ausbildungsplätze vernichtet. Hinzu kommt: Nirgends in den entwickelten kapitalistischen Ländern hängt der Bildungsweg eines Kindes so sehr vom Einkommen und vom Status der Eltern ab wie in Deutschland; in diesem Punkt ist die klassengesellschaftliche Restrukturierung der deutschen Gesellschaft besonders stark fortgeschritten. Die Massenuniversität verkommt zur Warteschleife, mit der der individuelle Eintritt in die Hartz-IV-Karriere verzögert wird; wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder auf die Privatuniversitäten, die neuen Rekrutierungsstationen für die künftigen Eliten.

Eine besondere Note erhält das Ganze im Nordosten Deutschlands, besonders in dessen ländlichen Gebieten, die seit mehr als zehn Jahren als Laboratorien für die Zurichtung einer neuen deutschen Asozialität dienen. In Mecklenburg-Vorpommern östlich von Wismar und südlich der Ostseeküste, in vielen Randbezirken des Landes Brandenburg von der Prignitz über die Uckermark und das Oderbruch bis zur Lausitz, in den Industriebrachen der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen herrscht nicht nur schlicht Bevölkerungsschwund. Wie stets in Elendsgebieten wandern vor allem die ab, die anderswo auch nur eine minimale Chance zu haben glauben. Zurück bleiben die Rentner, die Chancenlosen und ein paar Beamte. Wie zuletzt in dieser Gegend während des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) hat ein »Rückbau« des Bildungs- und Qualifizierungsniveaus große Flächen erfaßt. Wenn irgendetwas am Staatssozialismus revolutionär gewesen war, dann seine Bildungsoffensive für die unterprivilegierten Schichten; nun tobt hemmungslos die Konterrevolution. Brachten in den Jahrhunderten nach dem Dreißigjährigen Krieg holländische Handwerker und hugenottische Emigranten einen Teil dieser Gebiete zurück in die europäische Wirtschaft, werden es in den nächsten fünfzig Jahren wohl osteuropäische Einwanderer richten müssen; den endogenen Kräften ist jedenfalls vorsätzlich das Rückgrat gebrochen worden.

Das »moderne« Lumpenproletariat, das sich aus all diesen Quellen speist, wirft bisher mehr seine Schatten an die Wand, als daß es schon tatsächlich existiert. Trotzdem ist es längst zu einem gesellschaftlich relevanten Faktor geworden. Keine Diktatur kann so effizient, flächen- und jede Tages- und Nachtzeit deckend eine Gesellschaft mit dem Lähmungsgift Angst kontaminieren wie das Wissen um eine »Unterwelt« des Lumpenproletariats – eine »Unterwelt«,

vor der nichts verlässlich schützt, nicht einmal die Abstinenz von Unbotmäßigkeit, und die trotzdem stets als erstes erzeugt wird. Die christliche Hölle wird säkularisiert; jeder Unternehmer darf sich im Nebenamt als Ablaßhändler gerieren: Tausche Wohlverhalten gegen vorläufige Weiterbeschäftigung.

Angst zerstört jede Zivilcourage, verwandelt die Gesellschaft in eine Agglomeration bindings- und damit hilfloser, das heißt zu jeder Form von Widerstand unfähiger Individuen. Die deutschen Eliten haben den Schierlingsbecher randvoll mit Angst gefüllt und der Gesellschaft gereicht; ob er auch der Demokratie angeboten oder sein Inhalt doch weiterhin als Kontaktgift verabreicht wird, ist noch nicht entschieden.

Bei den Reichstagswahlen 1930 meldeten sich das Lumpenproletariat und mehr noch diejenigen, die sich und ihre Nachkommen von einem Absturz in diese »Unterwelt« bedroht fühlten, massiv in der Gesellschaft zurück: politisch, mit der NSDAP. Die konnte ihre Mandate gegenüber den Wahlen von 1928 auf 107 verneunfachen. Mit ihrer Ablehnung des gesamten »Systems« war die NSDAP zum adäquatesten Ausdruck des Hasses der Ausgegrenzten und noch mehr der von Ausgrenzung Bedrohten geworden. Die Massenbasis von Faschismus und Nationalsozialismus ist, bevor das Verbrechen an die Macht gelangt, weder besonders faschistisch noch nationalsozialistisch, sondern zuallererst verzweifelt. Verbrecher werden gemacht.

Im Moment haben die Faschisten in Deutschland dort, wo mehrere Schichten an Verelendung ineinander schmelzen, die größten Erfolge: im Nordosten. Und dort wiederum am stabilsten in jenen Gebieten, in denen die Arbeitsplatzkonkurrenz aus den Nachbarstaaten Polen und Tschechien am spürbarsten ist, in Vorpommern, also im Vorhof des boomenden Szczecins (Stettins), und in Sachsen. In Deutschland mit seinem verordneten Antikommunismus ist der Faschismus-Begriff in den vergangenen zwanzig Jahren zielgerichtet aus der Mode gebracht und durch den Begriff »Rechtsradikalismus« ersetzt worden, weil mit ihm problemlos der begriffliche Bezug zum »Linksradikalismus«, der Lebensquelle jedes Antikommunismus', latent gehalten werden kann. Wir beteiligen uns bewußt nicht an diesem Verniedlichungs- und Verwischungsspiel und verwenden hier für antidemokratische, völkische und xenophobe Bewegungen den eindeutigeren Begriff Faschismus, wohl wissend, daß aus einem Faschismus der Nationalsozialismus hervor wachsen kann, aber nicht muß. Besonders gepflegt werden bei den Faschisten antipolnische Ressentiments. In diesem Punkt konnten sie bruchlos an die SED-Politik der achtziger Jahre anknüpfen, die ein Überschwappen der Arbeiterproteste aus Polen zu verhindern wußte, indem sie – sehr erfolgreich – die antipolnische Karte spielte. Selbst die gegen die SED-Herrschaft gerichtete friedliche Revolution in der DDR 1989 war davon noch geprägt: Es war eine Feierabendrevolution. »Anders als der arbeitsscheue Polacke streikt der Deutsche doch nicht.«

Nach den Erfolgen bei den Landtagswahlen 2004/2005 in Brandenburg und vor allem in Sachsen herrschte in Medien und Politik eine gewisse Aufregung. Doch das Aufkommen einer sich gesamtdeutsch organisierenden Linkspartei und ihr Erfolg bei den Bundes-

Die starke Migration von Ost nach West läuft daraus hinaus, daß die Intelligenteren die neuen Bundesländer verlassen, die anderen bleiben zurück. Dies haben Testergebnisse bei 350 000 Rekruten der Bundeswehr gezeigt. Auch hier ein frappanter Zusammenhang zwischen hohem IQ und niedriger Arbeitslosigkeit und umgekehrt. Am besten schnitten der Stuttgarter Raum und Südbayern ab, im Osten die Chemnitzer Gegend. Bremen, Ostfriesland und der Nordosten lagen am Ende. Siegfried Lehl, Akademischer Direktor an der Psychiatrischen Klinik der Universität Erlangen-Nürnberg, Experte für Intelligenz-, Gedächtnis- und Demenzforschung, in: Die Welt, 4. Januar 2006.

Den drei 19- und 20-jährigen »Tatverdächtigen, die zum Teil arbeitslos sind, wird vorgeworfen, seit 11. Dezember elf Brände in der Kleinstadt (Grevesmühlen/Mecklenburg) gelegt zu haben. Als Tatmotiv nannte der Oberstaatsanwalt Langeweile und »einen gewissen Kick« ... Betroffenen mache (die Ermittler), mit welcher »unheimlicher Intensität« die Brandstifter vorgehen ... Sehr bedenklich sei, dass die Brandstifter trotz Polizeipräsenz weiter gemacht und sich gesteigert hätten ... »Reue habe ich in den Vernehmungen nicht feststellen können ... Sie waren eher geschockt, dass wir sie schon erwisch haben.« Ostseezeitung, 3. Januar 2006.

tagswahlen im September 2005 scheinen die Fortschritte der Faschisten rückgängig gemacht zu haben. Allein, der Eindruck täuscht. In etlichen Wahlkreisen Sachsens und auch in Vorpommern warfen deutlich mehr als fünf Prozent der Wählenden ihre Stimme weg, indem sie demonstrativ faschistisch wählten. Nach dem Versagen des Staates und seiner Behörden haben die Faschisten in diesen Gebieten begonnen, der einheimischen Bevölkerung Solidarstrukturen zur Verfügung zu stellen, die das Überleben vereinfachen. Ähnlich hatte einst der Siegeslauf der NSDAP begonnen – auch nicht in den Zentren, sondern in einem Elendsgebiet: dem fränkischen Coburg.

Ändert sich an all diesen Tendenzen zum Rand der Gesellschaft hin auf absehbare Zeit nichts Grundlegendes, wird dort ein Haß auf die heutigen Zustände und auf die sie verwaltenden Institutionen heranwachsen, für den eines Tages die gesamte Gesellschaft bitter zu bezahlen haben könnte. Freilich ist davon bisher wenig zu spüren; die ins soziale Aus Gedrängten verhalten sich harmlos. Schlimmstenfalls verweigern sie ihre Teilnahme an Wahlen – was den in den Parlamenten vertretenen Parteien nicht ernsthaft wehtut. Gefährlich wird es erst, wenn sich jemand anbietet, der bereit ist, diesen Haß in die Politik zu tragen.

These 2: Die deutschen Eliten haben ihre Demut verloren

Während sich die »kleinen Leute« in die Verbrechen des Nationalsozialismus zumeist verstrickt hatten bzw. in sie verstrickt worden waren, hatten sich die deutschen, insbesondere die wirtschaftlichen Eliten vorsätzlich und absichtsvoll als Hauptnutznießer des Angriffskrieges betätigt. Sie waren führend an der Ausplünderung Europas durch den Nationalsozialismus beteiligt – im besonderen an der Ausbeutung von Zwangsarbeitern, wenngleich sich ihre Verbrechen darauf nicht reduzierten. 1945 verkleinerte sich durch die Niederlage und den Verlust der Ostgebiete mit dem oberschlesischen Industriegebiet und der Sowjetischen Besatzungszone mit großen Teilen der Berliner Wirtschaft und dem sächsischen Industriegebiet zwar ihre industrielle Basis spürbar. Aber sie konnten vieles vom Zusammengeraubten in die Nachkriegszeit retten, mit dem Ergebnis, daß die entstehende westdeutsche Wirtschaft trotz Kriegszerstörungen und Besatzung gestärkt – ja mehr noch: modernisiert – aus dem Krieg hervorging.

Durch ihr Bündnis mit dem Nationalsozialismus waren allerdings große Teile der deutschen Eliten sowohl international als auch national desavouiert. Gefährlich waren für sie besonders die im Potsdamer Abkommen niedergelegte Absicht, die deutsche Wirtschaft zu entflechten und zu schwächen – von den Westmächten aus dem Motiv heraus betrieben, den deutschen Konkurrenten endgültig auszuschalten – sowie ein auch in der westdeutschen Gesellschaft verbreitetes antikapitalistisches Klima. Selbst die CDU propagierte nach dem verlorenen Kriege offiziell Planwirtschaft und Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Viele von Hitlers »Wehrwirtschaftsführern« wurden von den Westalliierten entmachtet.

Doch die Rettung kam bald: mit dem Kalten Krieg. Die deutschen Industriepotentiale und damit die deutschen Eliten wurden wieder benötigt. Allerdings ging es ohne einen »Kulturwandel« nicht ab.

Die in der Nachkriegszeit anhaltende weltweite revolutionäre Herausforderung und die Erfahrungen von Weltwirtschaftskrise und Faschismus überzeugten die Herrschenden in den führenden kapitalistischen Staaten, dass eine ernsthafte Reform des kapitalistischen Weltsystems ein wesentliches Element der Strategie für den Wiederaufbau nach dem Kriege sein müsse ... Viele waren der Meinung, dass laissez-faire-Ökonomie und laissez-faire-Politik mitverantwortlich für das soziale und politische Chaos der Kriegs- und Zwischenkriegsjahre waren. Dies wiederum trug zu einem Wechsel der Philosophien bei, die den Aufbau internationaler Institutionen bestimmten.
Beverly J. Silver: Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Berlin-Hamburg 2005, S. 190 f.

Sollte der Kapitalismus innenpolitisch wieder Akzeptanz finden, mußte der von den deutschen Eliten bis 1945 gepflegte Herr-im-Hause-Standpunkt einer bis dahin unbekanntenen Demut und einer Kultur des Klassenkompromisses weichen. Der Kalte Krieg beförderte diesen Wechsel zusätzlich, denn die Systemkonkurrenz mit dem die soziale Gerechtigkeit herausstellenden Ostblock verlieh dem Wandel im Politikstil von Konfrontation und Dünkel zu Kooperation und Weltoffenheit Nachhaltigkeit. Die Arbeiterproteste gegen die sozialen Auswirkungen der unternehmerfreundlichen Währungsreform vom Sommer 1948 und namentlich deren Niederschlagung durch die mit Panzern auffahrenden US-Truppen am 12. November 1948 in Stuttgart taten ein übriges. »Leben und leben lassen« wurde zum Grundgefühl einer Epoche, die am 9. November 1989 endete.

Seit Anfang der neunziger Jahre erlebt die Bundesrepublik erstmals in ihrer Geschichte Jahr für Jahr einen Reallohnrückgang; in den vergangenen Jahren kam es – gesamtwirtschaftlich gesehen – sogar zu einem Rückgang der Nettolohnsumme, für 2005 wird erstmals ein Rückgang der Bruttolohnsumme erwartet. Die großen deutschen Industrie- und Finanzunternehmen haben in dieser Zeit Gewinne wie sonst in den vergangenen 150 Jahren nur in der Kriegszeit zwischen 1940 und 1944, als sie billige Zwangsarbeiter ausbeuten konnten, gemacht. Die Gewerkschaften, die anderthalb Jahrzehnte lang diese Entwicklung in der Erwartung tolerierten, daß ihre Zugeständnisse bei der Einkommensentwicklung durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze belohnt werden würden, haben jüngst das Scheitern ihrer Politik eingestanden.

Zugleich schenkten die regierenden Parteien, namentlich die rot-grüne Koalition, den oberen Zehntausend durch Steuersenkungen – mehrere zehn Milliarden Euro. Das Muster war denkbar schlicht: Kaum war eine Steuersenkung – Spitzensteuersatz, Körperschaftsteuer etc. – beschlossen, stellten mit schöner Berechenbarkeit die Vertreter der Wirtschaftsverbände die nächsten Forderungen auf – die wiederum prompt erfüllt wurden. Unter Rot-Grün hat die Bundesrepublik den Weg zu einem Steuerparadies für Reiche eingeschlagen.

Die Gewinne explodierten allerdings nicht nur wegen der Lohnzurückhaltung. Denn noch profitabler, als geringe Löhne zu zahlen, ist es, gar keinen Lohn zu zahlen. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen erhielt eine völlig neue Dynamik – Automatisierung, vor allem aber »Arbeitsverdichtung« bei denen, die nicht entlassen wurden, machten es möglich. Unter den wirtschaftlichen Eliten entfalteten sich eine Amoralität und Asozialität wie seit dem Dritten Reich nicht mehr.

Mit der Rechtfertigung »Umbau des maroden Sozialstaats« wurde schon in der Ära Kohl begonnen, die erreichten sozialen Standards aufzuweichen. Unter Rot-Grün nun wurde der Sozialstaat in einen Obrigkeitsstaat rückgebaut, dessen erste Aufgabe es ist, durch »verfolgende Betreuung« den allseits verfügbaren Menschen zu schaffen: modern, aufgeschlossen, mobil, oder weniger systemfromm formuliert: ohne Bindung, in jede Arbeit hinein zu zwingen, an jedem Ort einzusetzen – in der deutschen Geschichte nur bekannt durch den Reichsarbeitsdienst; bei dem dauerte allerdings der Einsatz lediglich ein Jahr.

Eine beachtliche Anpassungsleistung vollbrachte die rot-grüne Regierung, indem sie kurz nach ihrer Wahl (1998 – J. S.) das Land an einem Befriedigungskrieg beteiligte. Der SPD-Kanzler und sein grüner Außenminister schickten in Frühjahr 1999 Bomber gegen Belgrad und Leopard-Panzer mit dem Eisernen Kreuz am Geschützturm in die Provinz Kosovo. Deutschland erwachte aus seinem weltpolitischen Schlaf ... Die bewaffnete Lebenswürdigkeit, die seither die Auslandseinsätze der Bundeswehr prägt, konnte wohl kaum jemand leichter repräsentieren als eine eigentlich pazifistisch-weltverbesserliche Bundesregierung ... Der Bundeswehreininsatz in Afghanistan vom Winter 2001 an kam schon ohne die Rechtfertigung »Nie wieder Auschwitz« aus ... Peter Carstens: Die schönste Form der Hausbesetzung, a. a. O.

Identitätsbildend für die rot-grüne Klientel waren der Atomausstieg, Trittins Dosenpfand, Künasts Hühnerhofrevolution und die Öko-Steuer. Mehr war kaum zu finden ... Die Asylpolitik blieb bei der Linie früherer Kompromisse mit der Union ...
 Peter Carstens: Die schönste Form der Hausbesetzung, a. a. O.

Den größten Teil der Arbeitsplätze stellt in der Bundesrepublik nach wie vor die mittelständische Wirtschaft, die, soweit sie produziert, vielfach von Zulieferungen für die Großindustrie, nicht zuletzt die Automobilindustrie lebt. Gerade dieser Teil der Wirtschaft ist einem Preisdruck ausgesetzt, der ihn strategisch zerstört. Da sich bei Löhnen, Gewinnen und Investitionen nur noch etwas auf Kosten der Qualitätsstabilität, unterdessen selbst der Qualität einsparen läßt, sinkt seit einigen Jahren auch die Qualität der Endprodukte. Die Rückrufaktionen bei deutschen Edelmarken gehören heute fast zum Alltag. Japanische Produzenten, die ebenfalls auf ihre Zulieferer Druck ausüben, folgen dabei aber einer ganz anderen Philosophie als die deutschen, die auf Konfrontation setzen: Kooperation zum Zwecke der Qualitätssicherung und langfristig stabiler Produktionszusammenhänge. Wem an Qualität mehr liegt als an Renommee, dem raten unabhängige Sachverständige längst zu Lexus statt zu BMW oder Benz.

Da durch die Automatisierung zumindest in Europa auf Dauer mit der Mehrwertproduktion allein kein Kapitalismus zu machen ist, wird seit den achtziger Jahren ein vorkapitalistischer Ausbeutungstyp neu entwickelt. Die bisherige Infrastruktur – Energieversorgung, Verkehr, Wasser- und Abwasserversorgung, Post, sogar die Bildung und die Behandlung von Kranken und Bedürftigen – wird nicht mehr als gesellschaftlich notwendiges und durch die Gesellschaft als Ganzes zu unterhaltendes Kapilarsystem behandelt, sondern als Quelle von Gewinn. Abgesichert durch selbst herbeigeführte internationale Diktate wie GATS wird eine Monopolisierung aller Ressourcen betrieben, mit dem Ziel, eine moderne Wegelagerei zu etablieren. Nicht mehr nur der einzelne Lohnabhängige, sondern die gesamte Bevölkerung wird zum Ausbeutungsobjekt – wobei es die »Bedarfsgemeinschaften« mit geringem Einkommen existentiell trifft.

Für die künftige politische Entwicklung dürfte diese Ausplünderung von einiger Relevanz sein, denn neben den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit tritt nun endgültig der Widerspruch zwischen Kapital und Konsum. Damit entsteht strategisch eine neue Konfrontationslinie.

These 3: Die Sozialdemokratie wußte mit ihrem Sieg im Kalten Krieg nichts anzufangen

Die politische Geschichte der Bundesrepublik ist durch eine Eigenlichkeit gekennzeichnet: Die jeweils regierenden Koalitionen sahen sich durch die äußeren Umstände nicht selten gezwungen, wichtige Teile des Programms der jeweiligen Opposition umzusetzen. In den siebzehn Jahren CDU-dominierten Regierungen zwischen 1949 und 1966 wuchs ein prosperierender Sozialstaat heran, wie ihn die Sozialdemokratie nur wenig besser hätte gestalten können. Während der großen Koalition 1966 bis 1969 kam die CDU sogar nicht umhin, das von ihr repräsentierte ordoliberalen Wirtschaftssystem durch einen bis dahin verteuerten keynesianischen Staatsinterventionismus abzulösen. Helmut Schmidt (SPD) hingegen machte zwischen 1974 und 1982 eine Politik des Krisenmanagements, wie sie die CDU nicht besser hätte leisten können, und Helmut Kohl, der die

»Wende« in die gesellschaftspolitische Reaktion hatte vollziehen wollen, wurde in sechzehn Jahren Amtszeit zum letzten Sozialdemokraten im Kanzleramt. Nur der Sozialdemokrat Willy Brandt machte zwischen 1969 und 1974 im wesentlichen das, was er wollte – und scheiterte daran. Bis 2002 war die Bundesrepublik im Kern eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. 1989 siegte nicht das patriarchalische Großkapital mit einem christlichen Menschenbild für den Otto-Normalverbraucher, sondern ein angstfreies Sozialstaatssystem, in dem Weltoffenheit, Meinungsfreiheit, Partizipation und Selbstverwirklichung selbst von seinen Gegnern als selbstverständlich empfunden wurden.

Nach diesem Sieg hätte die deutsche Sozialdemokratie auf den Gedanken verfallen können, dieses Gesellschaftsmodell auf ganz Deutschland, ja auf die Europäische Union auszudehnen. Das wäre ein strategisches politisches Projekt gewesen – zumal das Roll back schon lief. Von Großbritannien und von den USA aus wurde seit den siebziger Jahren immer drängender versucht, Europa zurück in einen Primitivkapitalismus zu zwingen.

Die deutsche Sozialdemokratie zog es vor, gleich zu kapitulieren. So wie in den zwanziger Jahren sang sie statt dessen das Lied vom Weltmarkt und nahm, um dort die Preise der anderen unterbieten zu können, die Zerstörung des Binnenmarktes in Kauf. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich die deutsche Wirtschaft an die USA-Wirtschaft gebunden, ihren in der Inflation zertrümmerten Binnenmarkt zertrümmert gehalten (erst 1928 waren die Werte von 1913 erreicht worden). 1929 war Deutschland nicht nur das erste Opfer der Schwarzen-Freitag-Krise geworden, sondern auch das am schlimmsten betroffene. Heute ist Deutschland Export-Weltmeister mit einem vorsätzlich geschwächten Binnenmarkt. Die Folgen einer Weltwirtschaftskrise – dieses Mal nicht unbedingt von den überschuldeten USA, sondern von China, wenn nicht von beiden ausgehend – sind unabschätzbar.

Der 2005 verstorbene Andre Gunder Frank hat in seinem letzten Buch auf die Rückkehr des Zentrums der Weltwirtschaft in den chinesisch-indisch-indonesischen Raum nach 250 Jahren westwärtiger Umrundung des Globus hingewiesen. Vor hundert Jahren wanderte in diesem Prozeß das Zentrum der Weltwirtschaft von Großbritannien nach Deutschland, in die USA und nach Japan. Großbritannien verlor zuerst seine Rolle als »Werkstatt der Welt«, dann seine Führungsrolle als Seemacht und als Kolonialmacht und während des Zweiten Weltkriegs auch seine Funktion als Finanzzentrum der Welt. Mit all dem ist das Land nicht sonderlich gut zurechtgekommen; eine seinen Verhältnissen entsprechende Reformstrategie zu entwickeln, mißlang allen politischen Kräften; Margret Thatcher entschied sich dann für Abriß. Die Propagandisten einer neuen deutschen Asozialität propagieren zwar ständig Großbritannien als Vorbild für den Boom. Allein: Von einer deutschen Auswanderung nach Großbritannien ist nichts bekannt; von einer ins ehemals elende, durch Interventionen der EU unterdessen aufgepeppte Irland hingegen schon.

Mehr als Margret Thatcher ist der deutschen Sozialdemokratie auch nicht eingefallen. Statt ein intelligentes Reformkonzept zu ent-

Planvolles gesellschaftsveränderendes Vorgehen konnte man am ehesten der sozialdemokratischen Justizministerin Däubler-Gmelin nachsagen ... Mit fünf Dutzend Gesetzen vom Mietrecht bis zum Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst setzte sie gesellschaftspolitische Ziele per Parlamentsbeschluß durch ... Im Sommer 2002 stürzte Däubler-Gmelin ... Es blieb Jürgen Trittin, der das »rot-grüne Projekt« mit geringem Zeitverzug als philosophisches Konstrukt begriff und nur noch bei Wahlkämpfen als Grundlage praktischer Politik deutete. Er durfte Minister bleiben. Peter Carstens: Die schönste Form der Hausbesetzung, a. a. O.

Die Dringlichkeit ... wächst mit der Rücknahme elementarer sozialer Menschenrechte unter neoliberalen Druck. Die Ausgrenzung und Einengung von Persönlichkeitsrechten der Schwächeren durch eine neue soziale Polarisierung, die Gefährdung der Demokratie durch schleichende Aushöhlung, Medienmanipulation und rechtsextreme Tendenzen sowie die Dringlichkeit gleicher Rechte aller Menschen auf die Nutzung des Umweltraumes setzen in neuer Weise Verteidigung und Zugewinn von Menschenrechten auf die Tagesordnung.

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): ReformAlternativen. sozial – ökologisch – zivil, Berlin 2000, S. 64.

Wer heute auf spätere revolutionäre Zeiten warten will, müßte sich schon fragen, ob sie überhaupt jemals heraufziehen, und was vordem, in unserer alltäglichen Gegenwart also unternommen werden könne. Offen bleibt, welche Situation sich aus dem Zerfall des Proletariats ergibt – von der Pariser Kommune 1871 über die beiden Weltkriege hinweg trat zutage: Ein Sozialismus hatte schon früher nur in der Epoche nach großen Kriegen seine Chance, und sie hielt nie lange an. Wollen Marxisten nun auf den nächsten Krieg setzen, statt ihn zu verhindern? ... Falls überhaupt jemand davon profitiert, sind es Islamisten und Kapitalisten, nicht die wenigen marxistischen Revolutionszirkel. Gerhard Zwerenz: Zurück zu Orwell?, in: Das Blättchen, 2002, H. 21.

wickeln, mit dem die endogenen Kräfte entfesselt werden können, entschied sie sich 1998 mit dem Schröder-Blair-Papier für »Neoliberalismus light« – und 2002 für die Hardcore-Variante der voll entfalteten Asozialität.

Entsprechend ist die Bindungskraft der beiden Parteien gesunken, die seit 1949 die Bundeskanzler stellten. Noch Anfang dieses Jahrzehnts kursierte unter CDU- und SPD-Politikern die Prognose: 2002 fliegt die PDS aus dem Bundestag, 2006 die FDP, 2010 die Grünen, und dann haben wir das amerikanische Zweiparteiensystem (übrigens ein Traum aus den Zeiten der ersten großen Koalition). Die Wirklichkeit sieht anders aus. Wählten 1976 mehr als neunzig Prozent der Wählenden in Westdeutschland CDU und SPD, sind es heute in ganz Deutschland gerade noch zwei Drittel. Die FDP erlebt im Moment ein Zwischenhoch, die Grünen eine Sinnkrise – und die PDS als Linkspartei ein Comeback. Von der Politik all dieser Parteien wird es abhängen, ob in den nächsten Deutschen Bundestag eine weitere Partei einziehen wird: eine faschistische.

These 4: Die politisch organisierte Linke gerät in eine Schlüsselposition – ob sie will oder nicht

Die SPD hat seit dem Godesberger Parteitag 1959 die Reste ihrer ursprünglich marxistischen Positionen geräumt; mit der zweiten Regierung Schröder verabschiedete sie sich nun selbst von einer sozialdemokratischen Antwort auf die soziale Frage. 300 000 Mitglieder traten aus.

Bei der Bundestagswahl 2005 ist erstmals seit 1932 eine gesamtdeutsche Partei links von der SPD ins zentrale Parlament eingezogen. Das bedeutet eine Kräfteverschiebung im Parlament nach links wie seit der Vereinigung von KPD und Mehrheits-USPD im Dezember 1920 nicht mehr.

Allerdings sind einige Probleme vorhanden, die schon jedes für sich genommen geeignet sind, diese Kräfteverschiebung wieder rückgängig zu machen:

Die entstehende Linkspartei wird bisher im wesentlichen aus zwei Quellen gespeist: aus der ostdeutschen PDS und aus der westdeutschen Gewerkschaftslinken sowie einer Minderheit der ehemaligen SPD-Linken. Wird die eine von Mitgliedern getragen, die schon vor längerer Zeit ihren 60. Geburtstag gefeiert haben, sind es in der anderen Mitglieder, die, charmant ausgedrückt, auf ihre zweite Jugend zusteuern. Es ist eine Bewegung von Menschen im reiferen Alter. Angesichts hoher Lebenserwartung und Leistungsfähigkeit im Ruhestand in der gesamten Gesellschaft sowie eines hohen Niveaus an Bildung und Erfahrung speziell in diesen Gruppen kann das allerdings auch von Vorteil sein.

Große Teile der frustrierten Linken Westdeutschlands bleiben auf interessierter Distanz. Das Attraktionspotential reizt bisher nur zum Kreuz auf dem Stimmzettel, nicht zum Mittun.

Ein Aufbruch unter Jugendlichen ist bisher nicht erkennbar. Ohne eine eigenständige, partiell auch gegen die Linkspartei opponierende Jugendbewegung ist eine Zukunft der Linken schwer vorstellbar. Denn veränderte Perspektiven entstehen mit neuen, das Bisherige in Frage stellenden Generationen – wobei jung nicht gleich jung ist.

Junge Menschen, die sich lediglich in Haardichte und Zahnhäufigkeit von Greisen unterscheiden, sind der Tod jeder Linken.

Beim Vorantreiben von Reformprojekten, deren Ausformung den Rahmen der profitdominierten Gesellschaft weitet und durchbricht, kommen Regierungsbeteiligungen eine wesentliche Bedeutung zu. Doch in den Debatten darüber wird von den Protagonisten nur höchst selten dieser Zusammenhang hergestellt. Man kann sich oft nicht des Eindrucks erwehren, daß in der zweiten Reihe der Berufspolitiker die Gruppe jener besonders groß ist, deren politische Karrieren in FDJ, SED und Staatsapparat 1989 unterbrochen wurden und die in einer Regierungsbeteiligung weniger ein Reform- denn die Fortsetzung ihres autobiografischen Projektes sehen.

Stalinismus und Kalter Krieg liegen nach wie vor wie ein Alb auf den Hirnen vieler Lebender. Nach Jahrzehnten der Frustration ist in der Linken der Mut zur Phantasie – ursprünglich eine ihrer Stärken – abhanden gekommen. Visionsfreier Pragmatismus gilt als Tugend; die Forderung nach Emanzipation von allen Verhältnissen, in denen der Mensch ein geknechtetes, erniedrigtes und beleidigtes Wesen ist, wird mit Ideologieverdacht belegt. Eine Linke als der bessere Elendsverwalter macht sich aber selbst überflüssig.

Nichtsdestoweniger hat die Sozialdemokratie – wider Willen – für die Linke das desaströse 20. Jahrhundert beendet. Der politisch organisierten Linken ist plötzlich ein Feld zugefallen, das zu bestellen mit Herausforderungen verbunden ist, deren Qualität und Umfang bisher noch nicht völlig erkennbar sind:

Der Rheinische Kapitalismus des Ausgleichs und des Klassenkompromisses weicht einem obrigkeitsstaatlich geschützten Kapitalismus der Konfrontation und der Gesellschaftsspaltung. Reicht das bisherige Analyseinstrumentarium der Linken aus, um daraus produktive Schlußfolgerungen ziehen zu können?

Zumal sich nicht nur die Herrschaftsphilosophie ändert: Mit dem Übergang zu einem Kapitalismus der Ausplünderung ganzer Bevölkerungen durch die Monopolisierung infrastruktureller Ressourcen und ihrer Verwandlung in eine Quelle von Gewinn entstehen bisher unbekannte Spaltungen der Gesellschaft. Damit wird eine emanzipatorisch agierende Linke für ganz andere Schichten interessant, und strategisch werden völlig andere Mehrheiten denkbar. Wer in der Linken ist darauf eingestellt, so etwas überhaupt zu denken?

Und damit nicht genug. Die Substanz vieler Schismen, die die Linke im 20. Jahrhundert belasteten, ist spätestens seit 1989 welk geworden. Noch nie war die Chance so groß wie heute, sich von den Streitereien, gegenseitigen Verletzungen und Unsinnigkeiten des 20. Jahrhunderts zu befreien. Doch ist in der Linken dafür eine hinreichende Souveränität schon vorhanden?

Fände die Linke auf diese drei Fragen – Kapitalismus der vorzüglich vertieften Gesellschaftsspaltung, Infrastruktur als Quelle von Gewinn und Beerdigung substanzlos gewordener Schismen – überzeugende Antworten, wäre sie nicht mehr darauf angewiesen, allein über Parlamentsmandate und Regierungsbeteiligungen nachzudenken, sondern könnte sich ihrer eigentlichen Aufgabe, der Eringung von politisch-kultureller Hegemonie in der Gesellschaft, zuwenden.

Ein sozialistischer Standpunkt betrachtet die Menschenrechte von unten. Immer wieder von Neuem muß hingesehen werden, wer wirklich »unten« ist. Die Menschenrechte gelten dem Sozialismus erst dann verwirklicht, wenn jeder, d. h. buchstäblich also: auch der oder die am meisten Benachteiligte, der wichtigsten sozialen und politischen Rechte teilhaftig wird. Die freie Entwicklung eines jeden (und nur damit auch wirklich aller) ist der Schlüssel zum Sozialismus. Die Gleichheit in der Freiheit ist der wichtigste Wert sozialistischer Bewegungen. Gerechtigkeit mißt sich sozialistisch primär von unten; Solidarität ist vor allem Solidarität mit denen, denen die gegenwärtige Gesellschaft strukturell die Chancen am meisten verstellt hat. Der politische Anspruch des Sozialismus besteht in einer solchen Gestaltung moderner Gesellschaften mit ihren Institutionen und Machtstrukturen, daß die Durchsetzung der Menschenrechte in der Einheit von politischen, sozialen und individuellen Rechten und ihrer Unteilbarkeit für jeden einzelnen und für alle garantiert wird. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 49.

Die 11. Feuerbach-These von Marx lautet bekanntlich: »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.« ... Die These ist zu variieren und zu komplettieren: »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sich zu verändern.« Wer das eine wie das andere unterläßt, wird weiterhin Niederlage an Niederlage reihen. Gerhard Zwerenz: Zurück zu Orwell? a. a. O.

Auch wenn es strategisch die Linke wahrscheinlich allein nicht wird richten können. Denn sie selbst ist in wesentlichen Teilen ein Residuum des Arbeiterbewegungssozialismus, dessen Uhr schon mit seiner Spaltung 1918 abzulaufen begann. Zu erwarten ist eher eine Neuformierung der politischen Fronten und damit aus den Trümmern der zerfallenden politischen Lager des 20. Jahrhunderts und des Kalten Krieges heraus die Geburt einer neuen emanzipatorischen Bewegung. Ob die Linke in diesem Prozeß Platzhalter und Geburtshelfer oder konservatives Element, das zur Sieche und Karikatur seiner selbst verurteilt ist, sein wird, hat sie selbst zu entscheiden.

Der Einstieg in einen Kampf um politisch-kulturelle Hegemonie ist in der Vergangenheit immer dann gelungen, wenn ein gesellschaftliches Tabu gebrochen wurde – am Ausgang des 18. Jahrhunderts war das die angebliche Gottgewolltheit feudaler Ausbeutung und Herrschaft, im 19. Jahrhundert ging es um die viehische Ausbeutung von Frauen und Kindern, in den sechziger Jahren war es in der Bundesrepublik der verdrängte Nationalsozialismus. Heute heißt das Tabu Angst. Die Frage ist nicht, ob dieses Tabu gebrochen werden wird, sondern wer es brechen wird.

Wie die politisch organisierte Linke sich in diesem Punkt entscheidet, wird nicht nur wesentlich ihre eigene Zukunft beeinflussen, sondern auch die Zukunft dieser Gesellschaft. Schließt sie sich dem Schweigegeflüster der anderen Parteien über das, was an den Rändern und von den Rändern dieser Gesellschaft her bewußt produziert wird, an oder skandalisiert sie die gezielte Durchseuchung aller Sphären des Lebens mit dem Angstgift – und zwar beständig und immer wieder?

Die Menschen am Rand und mehr noch die, die die Furcht haben, dorthin verdrängt zu werden, bilden im Moment die wichtigste Zielgruppe der Faschisten. Die Nutznießer einer erstarkenden faschistischen Szene sind vor allem jene reaktionären Machtgruppen, die ihren politischen Arm in den Parteien der sogenannten bürgerlichen Mitte besitzen. Im Moment haben diese Kräfte in der CDU zwar in der Innenpolitik das Sagen, sind aber durch den Ausgang der Bundestagswahl ansonsten eher in der Defensive. Um ihre Vorstellungen durchzusetzen, sind sie für Druck von rechts nicht undankbar.

Dieses Modell ist nicht neu. So ähnlich agierten in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren auch großbürgerliche und monarchistische Machtgruppen, die sich auf eine Beseitigung der Weimarer Republik verständigt und als ihren Exponenten den Medienzaren Alfred Hugenberg (Deutschnationale Volkspartei) aufgebaut hatten. Sie förderten nach Kräften faschistische Verbände. Nach dem Aufstieg der NSDAP 1930 aber gerieten Hugenberg und seinem Umfeld die Dinge außer Kontrolle: Statt einer faschistischen Monarchie erbte die Republik von Weimar eine nationalsozialistische Diktatur; statt, wie erstrebt, Hitler »einzubinden«, wurden sie zum Komplizen der nationalsozialistischen Verbrecher.

Trotzdem scheint dieses Modell nicht an Reiz verloren zu haben – zumal es im vereinten Deutschland seinen Probelauf schon erfolgreich bestanden hat: bei der Abschaffung des Asylrechts Anfang der neunziger Jahre. Damals wurde der Druck der faschistischen Parteien genutzt, um die eigenen politischen Ziele zu erreichen.

Auf der Linken lastet die Verantwortung, ob das Kräfteverhältnis demnächst nach rechts oder nach links verschoben werden wird. Dabei kann es natürlich nicht um eine Klientelpolitik für die Ausgegrenzten dieser Gesellschaft gehen, auch wenn ihrem Elend eine Stimme verliehen werden sollte.

Quer durch alle sozialen Schichtungen der Gesellschaft erleiden immer mehr Menschen Tag für Tag *jeder für sich allein* die Pein der Angst – um die eigene Zukunft und um die ihrer Angehörigen, vor allem ihrer Kinder und Kindeskiner. Wer als erster das schmutzige Spiel mit der Angst vom Tabu befreit, wird einen Kredit erringen, der neue Wege möglich machen wird. Da das – trotz aller Risse – der neoliberale Block aus CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen nicht sein wird, entscheidet die politisch organisierte Linke darüber. Schon Lassalle meinte, die revolutionärste Tat sei es, laut zu sagen, was ist.

WERNER RUF

Barbarisierung der Anderen – Barbarisierung des Wir

1. Vorbemerkung: Wir und die Anderen

Die Herstellung von Identität bedarf der Abgrenzung des »Wir« von den »Anderen«. Fremdheit speist sich daher aus der Entgegensetzung zum Eigenen, wobei dem Selbst ganz selbstverständlich positive Attribute zugewiesen werden, dem Fremden dagegen negative.¹ So benötigt das »Wir« die »Anderen« als Projektionsfläche für die eigene Identitätsstiftung. Und in diesem wechselseitigen Prozess sagt meist die Ausmalung des »Anderen«, des »Fremde« mehr über die Befindlichkeit des »Wir« aus als über diesen »Anderen«, von dem es sich abzugrenzen versucht.

Zugleich werden die den Kollektiven zugehörigen Individuen in ihren grundlegenden Eigenschaften definiert, in essentiellen Charakteristika gleichgesetzt. Dieser Mechanismus führt dazu, dass nicht nur die Trennlinien zwischen den Kollektiven klar gezogen werden können, sondern auch dass den jeweiligen Mitgliedern der Kollektive – eben den Völkern oder neuerdings auch den Kulturen – gemeinsame Eigenschaften und ihr Handeln und ihre Denkweise determinierende Verhaltensweisen ebenso wie fundamentale wechselseitige Loyalitäten unterstellt werden können: Eine solcherart gewissermaßen ontologisch vorgegebene Identität erscheint dann – von innen wie von außen – als feste und berechenbare Größe.

Diese Dichotomisierung, die schon immer die Konstruktion kollektiver Identitäten begleitete, hat mit der Entstehung des bürgerlichen Nationalstaats eine besondere Qualität erreicht. Im Gegensatz zum Feudalismus und auch zum Absolutismus bekennt sich das Individuum, der Bürger/die Bürgerin, im bürgerlich-demokratischen Staat freiwillig zu einem bis dahin nicht existenten Kollektiv, der Nation, jenem abstrakten und zugleich wirkungsmächtigen Konstrukt,² das gerade mal gut zweihundert Jahre alt ist. Die Nation und der sie tragende Nationalismus dienen zugleich der Herstellung und der Sicherung kollektiver Identitäten. Und immer kleiden sich kollektive Identitäten in moralisierende Gewänder, definieren »gut« und »böse«, »wert« und »unwert«.

Die mit dem Aufstieg des Bürgertums verbundene Entstehung der Nation wurde begleitet vom Sieg der modernen Wissenschaft, vor allem der Naturwissenschaft über Obskurantismus und Theologie, die als Herrschaftsinstrument des Feudalismus galten. Nirgendwo wird das deutlicher als etwa in den Schriften Auguste Comtes und Henri de Saint-Simons, die die junge Disziplin der Soziologie als Naturwissenschaft verstanden wissen und sie, so zumindest bei

Werner Ruf – Jg. 1937; Friedensforscher, em. Professor für Internationale und Intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel, Mitarbeit im Gesprächskreis Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Zuletzt in UTOPIE kreativ: Eine Straßenkarte für den Frieden?, Heft 157 (November 2003).

Der Artikel basiert auf einem Beitrag, den der Autor für das Symposium »Schöne neue Demokratie« ausgearbeitet hat, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 25. und 26. November 2005 in Berlin veranstaltet hat.

1 Siehe u. a. Birgit Rommelspacher: Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft, Frankfurt/New

Saint-Simon, zugleich zur Herrschaftswissenschaft für eine wissenschaftlich legitimierte Expertokratie machen wollten. Wie aber kann man die Nationen unterscheiden, identifizieren, klassifizieren, und dies möglichst noch mit wissenschaftlichem Anspruch? Hier bot sich die Biologie an, eine Disziplin, die auf naturwissenschaftlich exakte Methoden verweisen konnte und die Rassenlehre entwickelte.³ Ganz in diesem Sinne argumentierte schon der Humanist und große Aufklärer des 18. Jahrhunderts, Voltaire: »Die Rasse der Neger ist eine von der unsrigen völlig verschiedene Menschenart, wie die der Spaniels sich von der der Windhunde unterscheidet.«⁴

Offen oder unausgesprochen transportiert die Debatte über das »Wir und die Anderen« immer auch die Legitimation von Herrschaft. Dies gilt in besonderer Weise für den Imperialismus: Die militärische, ökonomische und technologische Überlegenheit des Okzidents bedurfte der Legitimation als zivilisatorische Mission. Die behauptete Minderwertigkeit der Schwarzen, der Indios, der Asiaten und Orientalen wurden zum dichotomisierenden Erklärungsmuster für die Überlegenheit des Weißen Mannes, der damit zugleich seine Berufung zur Dominanz der minderwertigeren und zivilisatorisch weniger leistungsfähigen »Menschenarten« rechtfertigte. Rassenlehre und Herrschaftsanspruch gingen so eine geradezu perfekte Symbiose ein,⁵ die bis heute selbst bei sich kritisch verstehenden Sozialwissenschaftlern fortlebt, wenn Autoren wie Reimer Gronemeyer und Claus Leggewie angesichts der Konflikthaftigkeit und des Elends in Afrika den uralten Topos von der in moralische Verantwortung gekleideten Überlegenheit des »zivilisierten« Westens bemühen: »Alle beklagen wieder des weißen Mannes Last. Aber Jammern hilft nicht: Wir sind zur Dominanz verurteilt.«⁶

2. Das neue Feindbild nach dem Ende der Bipolarität

In diesen Rahmen fügt sich trefflich der seit dem Ende der Bipolarität, mit dem »dem Westen« der Feind und das Feindbild zugleich abhanden gekommen sind,⁷ der (re-)aktualisierte Diskurs über den Orient oder »den Islam«. Dieser Diskurs wird vielleicht gerade deshalb so vehement geführt, weil hier das »Wir« von einem »Anderen« abgegrenzt werden muss, dessen zivilisatorische Leistungen vor nicht allzu langer Zeit dem Westen weit überlegen waren, ja weil gerade dieser »Andere« unserem »Wir« historisch, religiös und kulturell besonders nahe steht.⁸ Am Anfang der Argumentation stand noch der biologistisch-rassistische Topos, wie er vom Ahnvater des Orientalismus, Ernest Renan, 1883 in seiner »Vorlesung über die semitischen Völker« initiiert wurde, der den Orientalen die Unfähigkeit zu wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen bescheinigte wegen »(...) der schrecklichen Schlichtheit des semitischen Geistes, die den menschlichen Verstand jeder subtilen Vorstellung, jedem feinsinnigen Gefühl, jedem rationalen Forschen unzugänglich macht, um ihm die immer gleiche Tautologie ›Gott ist Gott‹ entgegenzuhalten«.⁹

Kein geringerer als Max Weber hat dieses Bild, kulturologisch gewendet, für die westliche Soziologie – und für das westliche Selbstverständnis – ausgemalt: Der Orient, gekennzeichnet durch Stagnation, Despotie, Fatalismus und Mangel an Rationalität konnte weder den Kapitalismus hervorbringen noch die Demokratie ent-

York, 2002, S. 9-20. Ulrich Beck: Wie aus Nachbarn Juden werden. Zur politischen Konstruktion des Fremden in der reflexiven Moderne; in: Max Miller, Hans-Georg Soeffner (Hg.): Modernität und Barbarei, Frankfurt/M. 1996, S. 318-343. Vgl. auch Eric Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, 3. Auflage, Frankfurt/New York 2005, S. 7.

2 Benedict Anderson: Die Erfindung des Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts, Frankfurt/Main, 1998.

3 Als erster definierte und klassifizierte Linné vier große Menschenarten: *Europaeus albus*: ... einfallsreich, erfinderisch ... weiß, sanguinisch ... Er lässt sich durch Gesetze lenken. *Americanus rubescus*: mit seinem Los zufrieden, liebt die Freiheit ... gebräunt, jähzornig ... Er lässt sich durch die Sitte lenken. *Asiaticus luridus*: Habsüchtig ... gelblich, melancholisch ... Er lässt sich durch die allgemeine Meinung lenken. *Afer niger*: verschlagen, faul, nachlässig ... schwarz, phlegmatisch ... Er lässt sich durch die Willkür seiner Herrscher lenken. Zit. n. Léon Poliakov, Gérard Delacampagne: Über den Rassismus, Stuttgart 1979, S. 77.

4 Ebenda.

5 Siehe die schier endlose Zahl der Belege aus den »Wissenschaften« (vor allem der Orientalistik), aber auch aus der Belletristik, die Edward Said zusammengetragen hat: Edward Said: Orientalism, Western Conceptions of the Orient. London 1978.

6 Reimer Gronemeyer, Claus Leggewie: Rituale europäischer Selbstkasteiung; in: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 1/1992, S., 78-85, hier S. 84 f.

7 Reinhard Schulze: Vom Antikommunismus zum Antiislamismus. Der Kuwait-Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts, in: Peripherie Nr. 41/1991, S. 5-12.

8 Es geht hier nicht nur um den Verweis darauf, dass in der Dogmatik der einzige wesentliche Unterschied zwischen beiden Religionen die Trinitätslehre ist. Vielmehr geht es um die Jahrhunderte langen intensiven kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Beziehungen, ohne die die Wiederentdeckung der griechischen Philosophie, Renaissance und Aufklärung ebenso wenig möglich gewesen wären wie die Revolutionierung der Seefahrt und der Naturwissenschaften.

9 Ernest Renan: De la part des peuples sémitiques dans l'histoire de la civilisation, in: Oeuvres complètes, Bd. 2, Paris 1948, S. 333. Siehe auch die Debatte über Renan bei Said, a. a. O., S. 149 ff.

10 Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, Tübingen 1963. Auch Marx folgte diesem »developmentalistischen« Diskurs, wenn er von der »doppelten Mission« Englands in Indien sprach, die in der asiatischen Gesellschaft erst die materiellen Grundlagen für einen westlichen Gesellschaftstyp lege. (Vgl. Said a. a. O., S. 153 ff.)

wickeln.¹⁰ Die alten Topoi des biologischen Rassismus, der durch die Nazis gründlich desavouiert wurde, stehen in kulturologischem Gewande wieder auf: Ohne Untermenschen kann es keine Herrenmenschen geben. Aziz el Azmeh, Islamwissenschaftler an der Universität Exeter, sieht in der aktuellen medialen Darstellung des Orients und des Islam eine Kontinuität, die von den Schriften der Orientalisten des 19. Jahrhunderts geradlinig bis zu den zeitgenössischen Fernsehkommentatoren reicht: Der Islam erscheint als Anomalie, seine Charakteristika sind Despotismus, Un-Vernunft, Glauben, Stagnation, Mittelaltertum, und »Niedergang wird so nicht zu einem Tatbestand historischer Prozesse, sondern ein vorhersehbares Ereignis der metaphysischen Ordnung.«¹¹

Seine politische Aktualisierung erfuhr das alt-neue Feindbild Islam durch den 1993 in *Foreign Affairs* erschienen Aufsatz von Samuel P. Huntington *The Clash of Civilizations?* »Kultur« wird hier zum »Trenn-Begriff für Eigenes und Fremdes, ... Konstrukt der Ein- und Ausschließung, ... Signal für unüberwindbare Grenzen, ... Abwehr-Terminus für bedrohlich Fremdes.«¹² Warum aber sind Kulturen jene neuen, ultimativen und unüberwindbaren Grenzen, die geradezu ontologisch festgelegt zu sein scheinen? Ohne nähere Begründung setzt Huntington seine Prämisse: »*Unterschiede zwischen Zivilisationen sind nicht nur real; sie sind grundlegend. ... Sie sind viel fundamentaler als die Unterschiede zwischen politischen Ideologien und politischen Regimen. Unterschiede meinen nicht notwendigerweise Konflikt, und Konflikt meint nicht notwendigerweise Gewalt. Aber, über die Jahrhunderte hinweg haben die Konflikte zwischen den Kulturen die längsten und gewalttätigsten Konflikte erzeugt.*«¹³

In seinem zweiten diesem Thema gewidmeten Aufsatz *The West Unique, not Universal*, der den Herrschaftsanspruch »des Westens« kulturologisch abzusichern versucht, vertritt Huntington die These, dass die westliche Kultur einzigartig ist, weil nur sie das Erbe der griechischen Philosophie rezipiert habe, weil sie geprägt sei vom Christentum, weil die europäische Sprachenvielfalt ein Unikat darstelle gegenüber den übrigen Kulturen, weil es nur dem Westen gelunge sei, geistliche und weltliche Autorität zu trennen, weil nur im Westen Rechtsstaatlichkeit herrsche, weil es nur dort sozialen Pluralismus und Zivilgesellschaft, repräsentativ gewählte Körperschaften und Individualismus gäbe.¹⁴ Demgegenüber gibt es im Islam nur den Koran und die shari'¹⁵ – Renan lässt grüßen! Somit liegt der Schluss auf der Hand: All diese Eigenarten »machen die westliche Kultur einzigartig, und die westliche Kultur ist wertvoll, nicht weil sie universell ist, sondern weil sie einzigartig ist.«¹⁶

Apodiktisch wird festgestellt, dass es eine gefährliche Illusion »des Westens« sei zu glauben, dass seine universellen Werte wie individuelle Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, rationales Denken und zivilgesellschaftliche Formen der Konfliktlösung auf andere Kulturen übertragbar wären. Daher muss »der Westen« aufhören, seine kulturellen Werte exportieren zu wollen, muss aufhören, an deren allgemeine und weltweite Generalisierbarkeit zu glauben. Anderen Kulturen eignen diese Werte nicht. Sie waren und sind unfähig, diese zu entwickeln oder zu adaptieren. Hierauf basiert die geradezu schicksalhafte Distanz zwischen »dem Westen« und

»dem Rest«.¹⁷ Dies ist letztlich nichts Anderes als kulturologisch verbrämter Rassismus. Und es geht darum, nicht nur die vielerorts geschmähten »Fundamentalisten« zum Feindbild zu erheben, sondern, wie Büttner treffend feststellt, die Angehörigen der nicht-westlichen Kulturen schlechthin als »...den Herausforderungen der Moderne psychisch – und wohl auch intellektuell – nicht gewachsen« darzustellen.¹⁸

3. Der Krieg gegen den Terrorismus als gegenzivilisatorisches Projekt

Was hier kurz angerissen wurde, könnte durch eine schier unendliche Zahl einschlägiger Belege aus dem aktuellen politischen Diskurs weiter unterfüttert werden. Eine entscheidende Verschärfung erfuhr der seit Ende der Bipolarität aktualisierte Diskurs über »den Islam« in der Folge der Anschläge des 11. September 2001 mit den Begründungen für den »Krieg gegen den Terrorismus«, vor allem aber durch die Art der Kriegführung gegen Afghanistan und den Irak und dem diese Kriegführung begleitenden Abbau von zivilisatorischen Errungenschaften. Es lohnt sich, an dieser Stelle, den Kontrast deutlich zu machen, der besteht zwischen der Ausmalung dieses neuartigen Feindbildes und den zivilisatorischen Errungenschaften, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Normen festgeschrieben wurden. Exemplarisch sei hier nur verwiesen auf die Erklärung der universalen Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, die weltweit rechtsverbindlicher Standard geworden ist:¹⁹ »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren« (Art. 1), jeder Mensch hat »das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person« (Art. 3), und: »Weiter darf keine Unterscheidung gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört ...« (Art. 2, Abs. 2).²⁰ Der Widerspruch zwischen diesen allgemeinen und weltweit bindenden Prinzipien und der asymmetrischen Wirklichkeit in der Weltgesellschaft könnte krasser nicht sein.

Angesichts der durch die Globalisierung verursachten Verunsicherungen und – berechtigten – Ängste scheint Nationalismus, aus welchen Versatzstücken er auch immer bestehen mag, am Ende des 20. Jahrhunderts wieder zum zentralen Referenzsystem zu werden. Sein Charakteristikum ist, dass er »im wesentlichen negativ« ist, auf »ethnische Zugehörigkeit, sprachliche Unterschiede, zum Teil mit Religion verbunden« pocht.²¹ Zu Recht kann diese Spätform des Nationalismus in der Tat fundamentalistisch genannt werden, stammen doch die *fundamentals*, auf die er verweist, »stets aus einer früheren, angeblich ursprünglich und reinen ... Periode«. Nationalismus, in dessen Namen bereits die fürchterlichsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte vollbracht wurden, muss daher verstanden werden als nicht nur negativ sondern als profund reaktionäres Identifikationskonzept. Damit der Nationalismus seine Wirkungsmächtigkeit entfalten kann, bedarf es des äußeren Feindes, der zur lebensbedrohenden Gefahr für das »Wir« hochstilisiert wird. Statt die Komplexität der Globalisierung rational zu erklären und Gegenstrategien für ihre pauschal als »Modernisierungsverlierer« abqualifizierten Opfer zu entwickeln, wird ein äußerer Feind ethnischer oder kultureller

11 Aziz El Azmeh: *Islams and Modernities*, London 1993, S. 130 f.

12 Klaus F. Geiger: *Vorsicht: Kultur. Stichworte zu kommunizierenden Debatten*; in *Das Argument* Nr. 224/1998, S. 81-90, hier S. 84.

13 Samuel P. Huntington: *The Clash of Civilizations?* In: *Foreign Affairs*, Summer 1993, pp. 22-49, hier p. 25.

14 Samuel P. Huntington: *The West Unique, not universal*; in: *Foreign Affairs*, Nov/Dec. 1996, pp. 28-49, hier pp. 30-33.

15 Ebenda, S. 34.

16 Ebenda, S. 35.

17 Unbestreitbar ist, dass die islamische, vor allem aber die arabische Welt in einer tiefen Krisenhaftigkeit steckt. Diese ist aber keineswegs »kultureller« Natur, sondern hat handfeste ökonomische, soziale und nicht zuletzt politische Gründe. Vgl. Werner Ruf: *Demokratie in der arabischen Welt – ein Widerspruch in sich selbst?* In: *Entwicklung und Zusammenarbeit* Nr. 9/1998, S. 228-231.

18 Friedemann Büttner: *Der fundamentalistische Impuls und die Herausforderung der Moderne*; in: *Leviathan* Heft 4/1996, S. 469-492.

19 Art. 1 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dez. 1948. In diesen unmittelbaren Kontext gehören außerdem die Genfer Konventionen, das Statut des internationalen Strafgerichtshofs u. v. a. mehr.

20 Wichtig zu erinnern ist in diesem Zusammenhang, dass – entgegen dem Drängen der Sowjetunion – materielle Menschenrechte in dieser Erklärung nicht festgeschrieben wurden.

21 Hobsbawm a. a. O., S. 194.

22 M. E. Marty: Fundamentalism as a social phenomenon. Bulletin, The American Academy of Arts and Social Sciences, 42,2, 1988, S. 15-19. Zit. n. Hobsbawm a. a. O., S. 198.

23 Nicht zufällig spricht Huntington in seinem Clash of Civilizations von der »islamisch-konfuzianischen Verbindung«. Werner Ruf: Politischer Islam – eine neue Befreiungsideologie? in: Österreichische Stiftung für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Der Krieg der Armen? Münster 2005, S. 107-120.

24 Vgl. Wolf D. Hund: Vergesellschaftung durch Entmenschlichung; in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung Nr. 63, Sept. 2005, S.157-169, insbes. S. 163 f.

25 Siehe den vom Generalsekretär der Vereinten Nationen in Auftrag gegebenen Bericht des High Level Panels on Threats, Challenges and Change, vom 2. 12. 2004. Ziff. 164. A/59/565 O2-12-04. (<http://www.un.org/secureworld/>).

26 Jenseits des massiven Abbaus rechtsstaatlicher Regeln enthält der so genannte »Otto-Katalog« auch ausgesprochen rassistische Elemente. So wurden für die Rasterfahndung nach dem 11. September 2001 folgende Kriterien eingeführt:

Natur konstruiert. Gerade im Zeitalter der Globalisierung ist grotesk und ahistorisch zugleich, wenn der Internationalisierung des Kapitals die Ethnisierung der Gesellschaft als Gegenstrategie entgegengesetzt wird. Dies geschieht auf der so genannten nationalen Ebene in gleicher Weise wie auf derjenigen, die die »Kulturen« bemüht.

Genau dies gelang mit der Erfindung des »Kampfes der Kulturen«, in dem »der Islam« stellvertretend für die Bedrohung durch »die Anderen« aus der vormaligen Dritten Welt zu stehen scheint.²³ »Dem Westen«, der mit 12 Prozent der Weltbevölkerung über 80 Prozent der globalen Ressourcen verbraucht, steht »der Rest« der Menschen auf dem Planeten unversöhnlich gegenüber. Genau dies dürfte der Grund sein, warum die großartigen Errungenschaften des Westens, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit für diesen Rest nicht gelten dürfen. Damit dies funktionieren kann, muss aber dieser Rest entmenschlicht werden.²⁴ Es genügt, ein wenig die einschlägige Metaphorik zu betrachten, die sich der Metaphorik der Moral und der Naturkatastrophen bedient, um »Gefahren« zu pauschalisieren und die Menschen zu anonymen Partikeln dieser Gefahren zu machen: Da kämpfen »wir« gegen »das Böse«, gegen »das Reich des Bösen«, gegen »Terroristen«,²⁵ gegen »Schurkenstaaten«, in denen ja Schurken leben oder zumindest über Demokratieunfähige herrschen müssen. Da bedrohen uns »Migrationsströme« oder »-fluten«, die an »unseren Grenzen« »anbranden«, Palästinenser werden in der offiziellen israelischen Politik als »zweibeinige Tiere« bezeichnet, und der derzeitige französische Innenminister Sarkozy will die Vorstädte mit dem Hochdruckreiniger vom »Gesindel« oder »Ausschuss« (*racaille*) säubern.

Angehörige anderer Kulturen oder Religionsgemeinschaften werden pauschal unter Kollektivverdacht gestellt, ihre Rechte und Freiheiten als Bürgerinnen und Bürger beschnitten. Solche Tendenzen finden sich hierzulande in den von Otto Schily eingebrachten und durchgesetzten so genannten Sicherheitsgesetzen,²⁶ im Abbau von rechtsstaatlichen Prinzipien, in der Veränderung der Asylrechtsbestimmungen des Grundgesetzes ebenso wie in der im Gang befindlichen Errichtung von Lagern in den nordafrikanischen Diktaturen und Folterstaaten, die den Zweck verfolgen, dass Menschen gar nicht erst europäischen Boden erreichen können, wo sie die verbliebenen rechtsstaatlichen Elemente in Anspruch nehmen könnten, um ihr Recht auf Menschenwürde einzuklagen.

Schlimmer noch in den USA, wo Verdächtige ohne jedes Rechtsmittel nunmehr lebenslang in Haft gehalten werden können; wo der Begriff des »feindlichen Kämpfers« erfunden wurde, um einer unbekannt, aber großen Zahl ihre Rechte zu verweigern, die ihnen laut gültigen Völkerrechts zustehen; wo Gefangene an Folterstaaten wie Syrien, Jordanien, Ägypten, Algerien oder Marokko überstellt werden, weil deren Foltermethoden effizienter seien; wo unbekannte Gefangene auf Schiffen oder in Gefängnissen anderer Länder festgehalten und misshandelt oder wie Waren von einem (Folter-)Ort zum anderen transportiert werden.

Indem Menschen zu Fanatikern und Terroristen umdefiniert, also der menschlichen Eigenschaften von Humanität und Rationalität und damit ihrer Menschenwürde entkleidet werden, können für sie

die zivilisatorischen Werte des Westens und der Humanität auch nicht mehr gelten. Dann sind alle Mittel legitim: Die Kriegführung mit Massenvernichtungsmitteln wie weißem Phosphor,²⁷ mit Bomben, die großflächig den Sauerstoff vernichten und alles Leben in ihrem Wirkungskreis ersticken, mit angereichertem Uran, der neuen Massenvernichtungswaffe,²⁸ und schließlich die Entmenschlichung des »Anderen« durch bestialische Folter und sexuelle Erniedrigung, die speziell auf kulturelle und/oder religiöse Tabus ausgerichtet sind.²⁹

Diese jeder Humanität widersprechenden Akte und der sie begleitende Abbau von Rechtsstaatlichkeit sind nicht nur eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, ihre wachsende gesellschaftliche Akzeptanz »zum Schutz gegen den internationalen Terrorismus« führt auch zu einem zunehmenden Abbau von Rechtsnormen im Inneren unserer Gesellschaften, und zu wachsender Gewalt gegenüber jeder Art von »Fremden«. Dies ist der dialektische Zusammenhang zwischen der Barbarisierung und Entmenschlichung »der Anderen« und der Barbarisierung des »Wir«, die nicht nur die Menschenwürde der »Anderen« verletzt, sondern auf rechtlicher wie auf normativer Ebene auch unsere Gesellschaft entmenschlicht. Die Dämonisierung der »Anderen« wird instrumentalisiert, um die Folgen der neoliberalen Unordnung zu verschleiern sowie soziale und politische Rechte abzubauen. Und all dies geschieht im Rahmen und nach den formalen Spielregeln der Demokratie. Letztere wird zunehmend reduziert auf Wahlen, Meinungsumfragen und populistische Anpassung an politisch produzierte Stimmungen. Hinter dieser Fassade aber wird das Gerüst demontiert, das Demokratie erst lebensfähig und lebenswürdig macht: Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowohl auf innerstaatlicher wie auf internationaler Ebene.

4. Plädoyer für die Stärke des Rechts

Die Außerkraftsetzung des Rechts, einer zentralen Errungenschaft der modernen Zivilisation, droht die Menschheit zurückzustürzen in die Anarchie vor-hobbesianischer Zeiten. Mit moralischen Argumenten werden die Folgen der strukturellen Gewaltverhältnisse (Galtung) in der Welt umgedeutet in Metaphern der moralischen Verantwortung für die Aufrechterhaltung eben dieser gewaltförmigen Herrschaftsverhältnisse. Ihr Fundament ist die Negierung des Gleichheitsgrundsatzes und der Gleichberechtigung aller auf der Grundlage ihrer Menschenwürde. Nicht Kulturen sind entscheidend, sondern die Gleichheit aller und die Anerkennung ihrer Würde als Menschen. Solche Gleichheit setzt die – gleiche – Teilhabe an der politischen Gestaltung voraus. Genau an diesem Punkt entpuppt sich auch die unsägliche Debatte um die so genannte Leitkultur als nationalistisch-reaktionäres Konzept, das eben die Teilhabe am politischen Leben, der *res publica* unter Zuhilfenahme kulturalistisch-rassistischer Argumente zu verhindern sucht: Nicht die Zugehörigkeit zu einer »Kultur« ist entscheidend für die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Staat, sondern die Garantie der Ausübung gleicher politischer Rechte und gleicher Rechte in Bezug auf staatliche Leistungen. Voraussetzung hierfür ist die Anerkennung der »Anderen« im republikanisch-säkularen Staat.

Student, muslimische Herkunft, nach außen keine fundamentalistische Einstellung, legaler Aufenthalt, finanziell unabhängig, nicht vorbestraft.

27 Siehe hierzu den Film des italienischen Fernsehsenders RAI <http://www.informationclearinghouse.info/article10907.htm>

28 Francis Xavier Cunningham: Depleted Uranium Munitions: A New WMD, in: Foreign Service Journal, Vol. 82, May 2005, S. 70-74.

29 Als besonders abartige Formen sind hier zu nennen die aufgrund anthropologischen Wissens eingesetzten Formen der Demütigung etwa durch Schändung von Exemplaren des Koran (Wärter, die auf das Buch urinieren), Betrachten pornografischer Filme unter Zwang, sexuelle Stimulation durch Frauen, Androhung von Vergewaltigung durch Mithäftlinge, Beschmieren mit Menstruationsblut, die Weigerung, ihnen Wasser zum Waschen zur Verfügung zu stellen und sie dann zu verhöhnen, dass sie in diesem Zustand nicht beten können. Siehe Berichte aus Guantanamo wie z. B. den von Benyam Mohammed: »Benyam Mohammed, he said, a British resident, had been tortured for eighteen months. They stripped him one day and cut his penis repeatedly with razor-blades. They did it every day until he signed anything they put in front of him.« (http://www.opendemocracy.net/conflict-terrorism/guantanamo_3044.jsp) abgerufen 25. 11. 05.

30 Stanley Hoffmann: Clash of Globalizations; in: Foreign Affairs, Juli/August 2002 (Aus dem Englischen W. R.). Ähnlich argumentiert Christian Tomuschat: Der selbstverliebte Hegemon; in: Die Internationale Politik Nr. 5/2003 S. 39-47.

31 Dieter Oberndörfer: Turkophobie; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2003, S. 138-142, hier S. 140.

32 Ders.; Zuwanderung und nationale Identität; in: Michael Berndt, Ingrid El Masry (Hrsg.): Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt. Eine Festschrift für Werner Ruf, Kassel 2003, S. 186-195, hier S. 194.

33 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Wien 2005, S. 720.

In der globalisierten und daher zwangsläufig multikulturellen Welt sind Frieden und Sicherheit im innerstaatlichen wie im internationalen Bereich nur dann zu gewährleisten, wenn – so der keineswegs revolutionäre Stanley Hoffmann – im globalen Haus Gerechtigkeit herrscht und es »akzeptabel (ist) für jene, deren Werte andere Grundlagen haben.«³⁰ Der Ausschluss der »Anderen«, sei es mittels rassistischer oder kulturologischer Argumente beschädigt aber die Fundamente »unserer« eigenen Ordnung, denn solche wirkt auf unsere Gesellschaft, ihr Wertesystem zurück. Dieter Oberndörfer bringt die Problematik auf den Punkt, wenn er feststellt, »... dass die Menschenrechte, die Aufklärung und die Werte des Christentums universale Geltung beanspruchen. Als unveräußerlicher und ausschließlicher Besitz Europas (und der USA – W. R.) in Beschlag genommen, verlieren sie ihre eigene Legitimationsgrundlage: den Bezug auf die Würde des Menschen, nicht nur auf die der Deutschen oder Europäer.«³¹

Folgerichtig sieht er nur in der Akzeptanz des kulturellen Pluralismus die »essentielle Voraussetzung des Übergangs zur republikanischen Einigung Europas.«³²

Eine Abschottung des »Westens« vom »Rest«, verbunden mit der Negation der Gültigkeit der zivilisatorischen Werte für »die Anderen« ist objektiv obsolet geworden. Das Beschwören ewig-gestriger Kategorien in der Form von »Nation« oder »Kultur« im Zeitalter der Globalisierung ist und bleibt nicht nur reaktionär, es ist kontraproduktiv für ein Welt, die trotz aller Anstrengungen der Verfechter einer »Leitkultur« zusammenwächst. Die Frage dabei bleibt, ob dieses zusammenwachsen friedlich und auf der Grundlage geltender zivilisatorischer Standards erfolgt oder zum Rückfall in globale Anarchie führt. Somit bleibt zu hoffen, dass Hobsbawms Vision der Globalisierung in ihrer radikal formulierten Alternative erkannt wird: »Wenn die Menschheit eine erkennbare Zukunft haben soll, dann kann sie nicht darin bestehen, dass wir die Vergangenheit oder Gegenwart lediglich fortschreiben. Wenn wir versuchen, das dritte Jahrtausend auf dieser Grundlage fortzuschreiben, werden wir scheitern. Und der Preis für dieses Scheitern, die Alternative zu einer umgewandelten Gesellschaft, ist Finsternis.«³³ – oder eben jene Barbarei, die den »Anderen« zugeschrieben wird, und zugleich uns selbst entmenschlicht.

EVELIN WITTICH

Rosa Luxemburg und die Diskussionen der sozialistischen Linken in der Gegenwart

Rosa Luxemburg gehört zu den Persönlichkeiten der internationalen sozialistischen und Arbeiterbewegung, die seit ihrem Tod nichts an Ausstrahlung verloren haben. Ganz im Gegenteil. Dabei liegen Märtyrerverehrung und Achtung vor ihren politischen und wissenschaftlichen Leistungen dicht beieinander. Für die gegenwärtige Entwicklung der linken sozialistischen Bewegung, für die Entwicklung emanzipatorischer Bewegungen überhaupt, liefert Rosa Luxemburg zahlreiche produktive Ansätze, bietet sie in zentralen Punkten Stoff zur Auseinandersetzung. Das ist besonders wichtig, weil es um Fragen geht, die in den vergangenen hundert Jahren in der kommunistischen, aber auch in der sozialdemokratischen Bewegung und insbesondere in den Ländern des »Realsozialismus« verdrängt oder völlig anders beantwortet wurden. Rosa Luxemburg wurde in dieser Zeit hauptsächlich auf ihre Rolle als Märtyrerin reduziert. Ihre politischen und wissenschaftlichen Leistungen wurden in der Regel als abzulehnender, weil fehlerhafter, ja gefährlicher »Luxemburgismus« denunziert. Das Scheitern des Realsozialismus hat auch mit einem solchen Umgang zu tun. Es ist deshalb an der Zeit, Rosa Luxemburg so zu behandeln, wie es ihr gerecht wird und gleichzeitig der Entwicklung der Linken dient.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat in den vergangenen zwei Jahren mehrere internationale Konferenzen zu Rosa Luxemburg durchgeführt bzw. war Mitveranstalterin. In der Zeitschrift »UTOPIE kreativ« erschienen mehrere Artikel zu Rosa Luxemburg und Paul Levi. Die dabei geführten Diskussionen zielen in das Zentrum der heutigen Entwicklungsprobleme der sozialistischen Grundströmung. Deshalb ist eine Analyse dieser heutigen Diskussionen um das politische und theoretische Erbe Rosa Luxemburgs außerordentlich hilfreich, um gegenwärtige strategische Ansätze festzumachen, zu diskutieren und voranzubringen.¹

Die Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, mit der die RLS in den letzten Jahren eine immer engere Zusammenarbeit entwickelt hat, führt auf ihren Konferenzen besonders wissenschaftliche Diskussionen zur internationalen Rosa-Luxemburg-Rezeption im 20. Jahrhundert.² Die politische Diskussion um Rosa Luxemburg in Deutschland entbrannte im Jahre 2001 um das vom Rot-Roten Berliner Senat geplante »Denkzeichen« für die Politikerin in der Hauptstadt. Die Gegner der Koalition aus SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) griffen Rosa Luxemburg als Demokratin, als Kriegsgegnerin, als revolutionäre Politikerin und vor allem als Symbolfigur des demokratischen Sozialismus an.

Evelin Wittich – Jg. 1950, Dipl.Ing., Dr. oec., Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Debatte um ein Denkmal für Rosa Luxemburg, Heft 162 (April 2004).

- 1 Die Rosa-Luxemburg-Konferenzen, deren Diskussionen hier vorgestellt werden und von denen zum Teil auch Ergebnisprotokolle vorliegen, sind: 1. Rosa Luxemburg – aktuelle Aspekte der politischen und theoretischen Arbeit (Moskau, 12. Februar 2004);
2. Militarismus und Krieg (Johannesburg, Khanya College, 20.-22. Mai 2004);
3. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz (Guangzhou, 21.-22. November 2004);
4. Rosa-Luxemburg-Seminar auf dem Weltsozial-

forum (Porto Alegre, 27.-30. Januar 2005);
 5. Das Politikverständnis von Rosa Luxemburg, Seminar auf dem Sozialforum in Deutschland (Erfurt, 24.-27. Juli 2005);
 6. Rosa Luxemburg – Gedankengut und Aktion für den Sozialismus. Lateinamerika im 21. Jahrhundert (Buenos Aires, 24.-26. Oktober 2005).

2 Die wichtigsten Beiträge bis zum Jahr 2000 wurden in dem von der RLS geförderten Band »Rosa Luxemburg im Internationalen Diskurs« (Karl Dietz Verlag Berlin 2002) zusammengefasst.

3 Rosa Luxemburg: Eine Ehrenpflicht, Gesammelte Werke (GW), Dietz Verlag Berlin, Bd. 4, S. 406.

Im Folgenden sollen einige zentrale Debatten aus den internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenzen vorgestellt werden.

Mit den Diskussionen um Rosa Luxemburg wird zunächst unabhängig vom konkreten Inhalt eines deutlich: Entscheidende Teile der sozialistischen Linken suchen in ihrer Geschichte, aber auch in der Gegenwart ergebnisoffen nach Ansätzen zur Lösung ihrer gegenwärtigen Probleme. Denkverbote, Ausgrenzungen, Wahrheitsansprüche – sind noch nicht völlig verschwunden, werden jedoch immer mehr marginalisiert. Die Weltsozialforen haben diese Offenheit zu ihrer obersten Maxime erhoben, und dieses Herangehen setzt sich in den europäischen und anderen regionalen Sozialforen fort. Eine solche politische Kultur unter den Linken ist neu und meines Erachtens die Grundvoraussetzung dafür, dass die Linke wieder politikfähig werden kann in einer Welt, in der es nur partiell Offenheit für linke sozialistische Gesellschaftsvorstellungen gibt.

Politikverständnis, Demokratie, Regierungsverantwortung

In Ländern mit Regierungen, die durch Parteien gestellt werden, die sich als links, sozialistisch oder kommunistisch verstehen, sind die Ergebnisse dieser Regierungsarbeit entscheidend für das Vertrauen, das linke Politik erhält oder nicht erhält. Der Vergleich gegenwärtig praktizierter linker, sozialistischer Politik mit dem Politikverständnis von Rosa Luxemburg ganz allgemein und zu den o. g. Fragen insbesondere führte in Südafrika, Brasilien, China, Argentinien und selbstverständlich auch in der Bundesrepublik Deutschland zu heftigen Kontroversen.

Der Begriff Politikverständnis ist vor allem auf Machiavelli zurückzuführen, der darunter die Lehre von der »klugen« Ausübung von Herrschaft und der rationalen, nutzbringenden Planung der Mittel zum Zweck des Machterwerbs und Machterhaltes verstand.

In der Neuzeit ist das Politikverständnis vieler politischer Akteure nicht notwendigerweise ein am Gemeinwohl orientiertes Zweck-Mittel-Erfolg-Denken. Das steht auch im Gegensatz zu Aristoteles, der mit seinem Politikverständnis zu den Zielen der Politik auch Positives für das Gemeinwohl zählte wie Wohlstand und Frieden. Mit der Französischen Revolution, besonders aber mit Marx, gewinnt ein Politikverständnis an Gewicht, das auf gesellschaftliche Veränderungen gerichtet ist, das mit politischen Ideologien in engem Zusammenhang steht, sich nach diesen orientiert und unterscheidet. Aber auch unter den Linken, den Sozialisten und Kommunisten gab (und gibt) es gravierende Unterschiede im Politikverständnis. Für Rosa Luxemburg war tiefer Humanismus der Beweggrund ihres politischen Handelns. Sie schrieb inmitten der Stürme berstender Imperien und Erhebungen der Arbeiterklasse im Gefolge des Ersten Weltkrieges: »Rücksichtslose revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus.«³. Ihr kompromissloser Idealismus sollte die Arbeiterbewegung immer daran erinnern, dass diese ihren ursprünglichen revolutionären, auf Humanismus gerichteten Perspektiven treu bleiben sollte. Rosa Luxemburg kritisierte die sozialdemokratische Parteiführung gerade deshalb schonungslos, indem sie ihr vorwarf, dass niemand die Partei in diesem revolutionären, humanistischen Sinne leitet, niemand sich dafür verantwortlich fühlt.

Das Ergebnis: ein Treiben in die Routine, ein Drang, Reformen als Ersatz für revolutionären Kampf aufzuwerten, der wachsende Einfluss der Gewerkschaftsbürokratie und des auf Stimmengewinn orientierten Wahlapparats der Partei, kurz gesagt, eine Politik, die eine opportunistische Anpassung an den Kapitalismus zur Folge hat.⁴

Wichtigster politischer Akteur ist für Rosa Luxemburg die »Masse«, wobei sie wenig Illusionen hatte über deren Zielgerichtetheit und Handlungsfähigkeit. »Es gibt nichts Wandelbareres als menschliche Psychologie. Zumal die Psyche der Massen birgt stets in sich, wie Thalatta, das ewige Meer alle latenten Möglichkeiten: tödliche Windstille und brausenden Sturm, niedrigste Feigheit und wildesten Heroismus. Die Masse ist stets das, was sie nach Zeitumständen sein muß, und sie ist stets auf dem Sprunge, etwas total anderes zu werden als sie scheint. Ein schöner Kapitän, der seinen Kurs nur nach dem momentanen Aussehen der Wasseroberfläche steuern und nicht verstehen würde, aus Zeichen am Himmel und in der Tiefe auf kommende Stürme zu schließen!« Weiter heißt es, dass die »Enttäuschung über die Massen« stets das »blamabelste Zeugnis für den politischen Führer« sei. »Ein Führer großen Stils richtet seine Taktik nicht nach der momentanen Stimmung der Massen, sondern nach ehernen Gesetzen der Entwicklung, hält an seiner Taktik fest trotz aller Enttäuschungen und lässt im übrigen ruhig die Geschichte ihr Werk zur Reife bringen.«⁵

Auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in China wurden die Demokratieauffassungen Rosa Luxemburgs mit denen Mao Zedongs verglichen. Wie immer kam auch die Kritik Luxemburgs an Lenin und den Bolschewiki zur Sprache, wobei die Mehrheit der Teilnehmer den Auffassungen von Luxemburg zustimmte. Es herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass die Auffassungen Maos über die Große Demokratie sich sehr unterscheiden von denen Rosa Luxemburgs über direkte Demokratie, dass die Kulturrevolution in China vorhandene Ansätze von Demokratie zerstörte und zu Anarchie führte, die mindestens genauso viele Opfer forderte wie der Stalinismus in Russland. Prof. Zian Ziemong stellte fest, dass die Verbrechen des Maoismus die Verbrechen des Stalinismus noch übertroffen hätten. Diskutiert wurde das Verhältnis von Demokratie und Zentralismus, wobei den Auffassungen zugestimmt wurde, dass in einem so großen Land wie China ein bestimmtes Maß an Zentralismus nötig sei, das allerdings nicht weiter definiert wurde. Kontrovers ging es bei der Frage der innerparteilichen Demokratie zu. Die KPCh hat enorme Probleme mit Bürokratisierung und Korruption. Deshalb waren mehrere Rednerinnen und Redner der Meinung, dass die Regierungsfähigkeit der Partei davon abhängt, wie es durch innerparteiliche Demokratisierung als Teil der gesellschaftlichen Demokratisierung gelingen kann, diese Missstände zurückzudrängen. Die Trennung von Partei und Regierung war ein weiteres Thema.

In Porto Alegre, auf dem Weltsozialforum, wurde im Zusammenhang mit den wesentlichen Auffassungen von Rosa Luxemburg zu Demokratie und ihrem Politik- und Parteienverständnis heftig die Frage diskutiert, ob und wie eine linke Regierung – wie die in Brasilien von Lula geführte – soziale Gerechtigkeit herstellen könne oder ob sie in der heutigen, durch neoliberale Globalisierung geprägten Welt dafür

4 Vgl. Rosa Luxemburg im Internationalen Diskurs, a. a. O., S. 31.

5 Rosa Luxemburg an Mathilde Wurm, 16. Februar 1917, in: Gesammelte Briefe (GB), Dietz Verlag Berlin, Bd. 5, S. 176.

überhaupt eine Chance hätte. Auch persönliches Versagen wurde den politischen Akteuren in Brasilien vorgeworfen. Diese Diskussionen wurden ausgelöst durch die Vorträge von Isabel Loureiro, Präsidentin des Vereins der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brasilien und Peter Hudis, Rosa-Luxemburg-Spezialist aus Chicago (USA). Beide bezogen Arbeiten und Aussagen von Rosa Luxemburg auf heutige Entwicklungsprobleme.

Besonderen Diskussionsbedarf gab es auch in Buenos Aires zu Fragen der Entwicklung und der Bewertung linker Strategien, ganz explizit zur Einschätzung von Linken in Regierungsverantwortung. Linke Parteien wurden z. B. in Brasilien und Uruguay in die Verantwortung gewählt wegen ihrer anti-neoliberalen Programme, dafür, dass sie der armen Bevölkerung einen größeren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und gerechtere Entwicklungsmöglichkeiten versprochen. Die Bilanz in Brasilien, zum Teil auch in Uruguay fiel meist sehr ernüchternd aus. Hauptkritikpunkte waren:

erstens, es gebe keine alternative Wirtschaftspolitik, welche die wissenschaftlich-technische Entwicklung fördere und zugleich bemüht sei, die soziale Frage einer Lösung zuzuführen;

zweitens, die Spielregeln gegenüber den internationalen kapitalistischen Akteuren würden nicht verändert, die Auflagen des IWF würden zu diszipliniert erfüllt, und 60 % der Kinder lebten weiter in Armut;

drittens, das Ziel Sozialismus sei nicht mehr erkennbar;

viertens, innerparteiliche Demokratie sei nicht ausreichend entwickelt und notwendige Wechselwirkungen zwischen Partei und Regierungsvertreterinnen und -vertretern gäbe es de facto nicht;

fünftens, die Gewerkschaften seien in einer komplizierten Situation: Sie seien oft Mitglieder der Regierungsparteien und müssten deren Politik demnach mit vertreten. Andererseits sähen sie in der Regierungspolitik die Gefahr von Veränderungen in der Balance zwischen Kapital und Arbeit. Wenn nämlich dem ausländischen Kapital gute Bedingungen geboten werden, gibt es Konflikte mit den Rechten der Werktätigen im Land. Die Rückkopplung zur sozialen Basis der Regierung könne dadurch gefährdet werden.

In Brasilien setzten die Linken mehr als 15 Jahre auf Lula, orientierten damit zu sehr auf eine Person und entwickelten keine Strategien, wie auf Personen an der Spitze derartig eingewirkt werden kann, dass sie sich nicht von den Zielen der Partei und den verbündeten Bewegungen in eklatanter Weise entfernen. So wurden auch Zweifel ausgesprochen, dass Chavez in Venezuela die seriöse Perspektive für Lateinamerika sei. Die Kluft zwischen überzogenen Versprechen im Wahlkampf und dem real Möglichen in der konkreten Politik nach einem Wahlsieg wurde ebenso als eine Ursache für Enttäuschungen benannt.

Heftige Auseinandersetzungen entbrannten, als ein Referent seine Überzeugung darüber äußerte, dass in Kuba nicht von Sozialismus die Rede sein kann, da es keine Demokratie gäbe. Erfreulich war, dass diese Kontroversen sachlich und argumentativ ausgetragen wurden.

Pablo Slavin (Argentinien) verwies in seinem Beitrag darauf, wie eng Rosa Luxemburg Freiheit und Demokratie miteinander verbunden sah. Demokratie verliert ihre Effizienz, wenn Freiheit ein Privileg wird. Sieht man den gegenwärtigen Kampf vor allem der USA gegen

den Terrorismus, so wird Terror mit Terror bekämpft. Das Leben, das geschützt werden sollte, wird gefährdet – auf allen Seiten. Freiheit wird bis zur Aufgabe eingeschränkt, bis es sukzessive keinen Raum mehr für Demokratie gibt.

*Akkumulationstheorie der Rosa Luxemburg
und sozialistische Wirtschaftspolitik heute*

An die Luxemburg-Kenner ging in Guangzhou die Frage, ob Rosa Luxemburg Marktwirtschaft und Demokratie als miteinander vereinbar ansah. Hintergrund ist die rasante ökonomische Entwicklung Chinas nach Prinzipien der kapitalistischen Marktwirtschaft und als Akteur im Rahmen der neoliberalen Globalisierung auf dem Weltmarkt. Hoffnungen, dass sich diese Entwicklungen in sozialen Fortschritt für die Bevölkerung verwandeln, und Skepsis diesbezüglich hielten sich nach meiner Beobachtung die Waage.

Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas, die nach Einschätzung von international anerkannten Experten mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen wird, dass China 2040 ökonomisch an der Spitze in der Welt steht (1978 war China auf Platz 38 der »Weltrangliste«, 1997 auf Platz 7), diskutierte der österreichische Ökonom Fritz Weber. Er bezog sich auf die Akkumulationstheorie von Rosa Luxemburg mit ihren Auffassungen von Unterkonsumtion und Überakkumulation. Luxemburg leitete aus ihrer Analyse der Globalisierung zu ihrer Zeit die Theorie des Zusammenbruchs des Kapitalismus ab. Weber stellte dazu fest, dass die Grenzen der Marktwirtschaft heute nicht die Begrenzung der Expansion der Märkte sei, sondern bei der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen läge. Mit einem Teil der Überakkumulation in China könnten die Reallöhne erhöht, unbezahlte Hausarbeit in Marktgeschehen verwandelt und die Binnenkaufkraft der Bevölkerung erhöht werden. Es gäbe die Chance, die Abhängigkeit der chinesischen Wirtschaft vom Weltmarkt zu verringern und damit auch von dessen Krisen. Höhere Produktivität ermögliche mehr Freizeit, was allerdings eine gegenläufige Tendenz zur gegenwärtigen neoliberalen Globalisierung wäre. Gleichzeitig biete mehr Freizeit die Voraussetzung für Demokratie, die das Vorhandensein zeitlich begrenzter, bezahlter Arbeit zur Bedingung habe. Ohne genügend Freizeit sei breite demokratische Mitwirkung der Bevölkerung nicht möglich, gibt es Berufspolitikerinnen und -politiker, die sich immer mehr von der Realität entfernen und womöglich auch bestechlich sind – ganz gleich in welcher Form. Gegenwärtig könnten sich nur diejenigen politisch betätigen, die offensichtlich Zeit dafür haben: Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, und partiell auch Studentinnen und Studenten. Das sind allerdings nicht die Gruppen, die die Entwicklungsprozesse in der Gesellschaft aus dem Arbeitsprozess heraus selbst beeinflussen. Sollen die Leistungsträger der Gesellschaft politisch aktiviert werden, müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Gesellschaftliche Demokratisierung muss also gewollt sein. Prozesse der Selbstbefähigung zu politischem Handeln müssten in Gang gesetzt und partizipative Formen der politischen Mitwirkung erprobt werden. In China könnten solche Entwicklungen forciert werden, jedenfalls gebe es die Möglichkeiten dazu.

Es ist von außen nicht möglich zu beurteilen, ob solche Auffassungen in der KPCh eine breite Basis haben und vor allem, ob sie in der Parteiführung auf Zustimmung treffen. Erfahrungen aus der DDR besagen, dass Erkenntnisse aus Arbeiten in Parteiinstitutionen keineswegs Einfluss auf die Politik der Partei haben müssen. Eines scheint jedoch in der Parteiführung Chinas Konsens zu sein: Reformen wie die Perestroika in der Sowjetunion, die zum Zusammenbruch des gesamten Systems führen, würden für China gravierende Rückschritte bedeuten. Das dürfe nicht eintreten. Da es derzeit keine politisch wirklich einflussreiche Opposition im Lande gibt, sei die KPCh nach eigener Auffassung gezwungen, erfolgreich zu sein.

In dem Seminar in Argentinien wurden in mehreren Beiträgen Analysen des gegenwärtigen Kapitalismus, der neoliberalen Dominanz und der Globalisierungsprozesse mit ihren Konsequenzen für Lateinamerika vorgenommen. Der gegenwärtige Kapitalismus sei nicht mehr der »normale« Kapitalismus wie vor zwanzig Jahren, denn heute sei ein Wachstum der Ungleichheiten und gravierender Akkumulationsprozesse für ihn kennzeichnend. Es gibt in Lateinamerika zum Teil ein Wirtschaftswachstum bis zu 9 Prozent, was aber nicht verbunden sei mit einer besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung. Diese Akkumulationsprozesse könnten jedoch nicht auf längere Zeit fortgesetzt werden ohne verstärkte Gewalttätigkeit, ohne Staatsterrorismus. Deshalb stelle sich die Frage, ob der Kampf der Linken heute darum geht, einen »normalen« Kapitalismus zu erkämpfen oder Sozialismus anzustreben. Wenn es aber um Sozialismus gehe, dann müssten die Potenziale und Möglichkeiten dafür herausgearbeitet werden, um eine reale sozialistische Perspektive im 21. Jahrhundert zu eröffnen. Bei der Beantwortung der Frage nach den Grenzen des Kapitalismus gab es verschiedene Sichten, wobei sich die traditionelle Sicht vom Scheitern des Kapitalismus durch Verstärkung seines parasitären Charakters und jene von den nicht absehbaren Potenzialen des Kapitalismus gegenüber standen. Aus diesen verschiedenen Sichten ergeben sich unterschiedliche politische Schwerpunktsetzungen und demzufolge auch keine einheitlichen Schlussfolgerungen für politische Strategien. Mehrfach wurde auch ein Widerspruch zwischen einer positiven wirtschaftlichen Perspektive und demokratischer Mitwirkung gesehen.

Rosa Luxemburgs Kampf gegen Militarismus und Krieg und seine Bedeutung für die Gegenwart

Die Arbeiten Rosa Luxemburgs waren in Südafrika Ausgangspunkt für die Diskussion um die Ursachen von Militarismus und Krieg im gegenwärtigen Afrika. Viele Länder Afrikas sind durch die Kolonialzeit und imperialistisch inspirierte Kriege in erschütterndem Ausmaß destabilisiert. Thomas Deve schilderte die Situation in Angola und der Demokratischen Republik Kongo, die seines Erachtens besonders repräsentative Beispiele für ganz Afrika sind. Zur Zeit der portugiesischen und belgischen Kolonialherrschaft erlitten sie schmerzhaft Verluste an natürlichen Ressourcen ebenso wie an ausgebildeten Arbeitskräften. Sie waren in den Kalten Krieg auch militärisch durch Stellvertreterkriege involviert. Die USA strebten ein roll back der so genannten red spots in Afrika an.

In beiden Ländern wurden Führer der Unabhängigkeitsbewegungen umgebracht. Es entstand ein Netz der Solidarität im anti-kolonialen Kampf, aber auch eine neue gefährliche Klasse lokaler Kollaborateure und von Juniorpartnern des Imperialismus in Afrika, einschließlich der Geheimdienste. Angola verfügt über begehrte natürliche Ressourcen einschließlich Öl, Gold und Diamanten, um die Auseinandersetzungen geführt werden. Der Erlös wird in hohem Maße für den Waffenerwerb eingesetzt, wodurch die Instabilität noch erhöht wird (In Westafrika z. B. gibt es schätzungsweise 80 Millionen illegale Waffen, die sich meist in den Händen bewaffneter Rebellen und Banditen befinden). Es bestand Einigkeit darüber, dass es in dieser Situation dringend nötig sei, demokratische und auf Frieden orientierte Bewegungen zu stärken und neue ins Leben zu rufen. An dem Seminar nahmen vor allem Vertreter und Vertreterinnen von sozialen und Friedensbewegungen teil.

In der offenen Diskussion wurde auch die Verteidigungs- bzw. Militärpolitik der vom ANC geführten Regierung kritisch betrachtet. Drei Aspekte der Kritik an der Militärpolitik Südafrikas sind m. E. hervorzuheben:

Erstens: Südafrika strebe eine Führungsrolle beim Aufbau von Krisenreaktionskräften im südlichen Afrika an. Das Land wäre dann eines von vier Führungsländern bezogen auf Krisenreaktionskräfte in Afrika neben Nigeria, das diese Rolle für Westafrika anstrebt, sowie Ägypten und Kenia, die in Ostafrika militärisch führen wollen.

Zweitens: Südafrika habe seit Jahren außerordentlich hohe Ausgaben für die Beschaffung neuer militärischer Ausrüstungen. Die Kritiker würden einen wesentlichen Teil dessen lieber für die Lösung sozialer Probleme im Land einsetzen.

Drittens: Südafrika sei mit mehr als 10 000 Soldaten in verschiedenen UN-Friedenserhaltungsmissionen in ganz Afrika präsent, vor allem in der Demokratischen Republik Kongo, Dafur, Sierra Leone.

Insgesamt ergab die Diskussion, dass die Militärpolitik Südafrikas widersprüchlich ist: Einerseits ist sie auf Friedenserhaltung und Konfliktlösungen orientiert, andererseits dient sie dem Aufbau einer regionalen Militärmacht mit allen damit verbundenen Gefahren. Zudem setzt diese Politik Ressourcen ein, welche dringend für die Entwicklung des Landes benötigt würden.

Die wenigen Vertreter der Regierungsparteien (hauptsächlich der Kommunistischen Partei Südafrikas CPSA), die sich der Diskussion stellten, hatten keinen leichten Stand. Allerdings war dies offenbar eine der äußerst seltenen Möglichkeiten, miteinander zu diskutieren und Standpunkte auszutauschen.

Die Zusammenhänge zwischen imperialistischen Machtinteressen, Kriegen und Terrorismusbekämpfung waren ein Gegenstand des Seminars in Buenos Aires, wobei besondere Verbindungen zwischen Freihandel und Militarisierung hergestellt wurden. Die ökonomischen Interessen der USA, aber auch die Interessen und das Vorgehen der EU in Lateinamerika wurden sehr kritisch diskutiert. An der geäußerten Auffassung, die EU sei ein Vasall der USA, entbrannte eine Kontroverse mit den europäischen Teilnehmern. Es gab erheblichen Informationsbedarf über die EU, die Interessen ihrer Mitglieder und die Widersprüche zwischen ihnen und nicht zuletzt ihre militärischen

Ziele, Ambitionen, Strategien. Eine Verständigung auf den Gebrauch von Kategorien wie z. B. den Weltmarkt, oder die Veränderungen in den Machtinteressen und militärischen Strategien seit Beginn des Kapitalismus bis in die Gegenwart wurde eingefordert.

Rosa Luxemburg – aktuelle Aspekte ihrer politischen und theoretischen Arbeit

6 Rosa Luxemburg: Aktualnye aspekty političeskoj i naučnoj dejatel'nosti, Moskwa 2004.

Die Konferenz in Moskau war die erste, die je in Russland und natürlich auch in der Sowjetunion zu Rosa Luxemburg stattgefunden hat.⁶ Es gab in der UdSSR kein offizielles Interesse an der Luxemburg und deshalb keine offizielle Forschung. Der bekannte Literaturkritiker Marlen Korallow hatte Zugang zu dem auf Wunsch von Sophie Liebknecht nach Moskau verbrachten Karl-Liebknecht-Archiv erhalten. Mit Hilfe dieser Materialien verfasste er eine Luxemburg-Biographie. Diese Biographie ist jedoch nie in der Sowjetunion erschienen, sondern in Italien. Deshalb wurde von mehreren Referenten und Diskutanten die Frage gestellt: Was wissen wir, was weiß die politisch interessierte russische Öffentlichkeit eigentlich über die wissenschaftliche und politische Bedeutung Rosa Luxemburgs? Ihr Name ist durchaus bekannt, ihre Bedeutung als Wissenschaftlerin und besonders als Politikerin kaum.

Spannend wurde es, als die Rede auf die Kritik Luxemburgs an Lenin, Trotzki und den Bolschewiki kam. Als Übereinstimmung über die Substanz und die Berechtigung der Kritik bestand, wurden weniger bekannte Vertreter der Bolschewiki benannt, die um 1918/1919 ähnliche Kritiken an den oben Genannten äußerten wie Luxemburg, die jedoch von der politischen Bühne verschwanden bzw. sich anpassten. Wie des Öfteren auf Luxemburg-Konferenzen wurde auch die Frage gestellt, was wäre, wenn Luxemburgs Auffassungen in der kommunistischen und sozialistischen Bewegung auf fruchtbaren Boden gefallen wären. Natürlich ist die Frage im Allgemeinen müßig. Wenn es jedoch um die heutige Perspektive der Linken geht, kann ihre Beantwortung schon interessant sein. Die Geschichtspräsidentin G. Klokowa schlug vor, Rosa Luxemburg verstärkt in die Lehre aufzunehmen und die künftigen Historiker mit Leben und Werk Luxemburgs vertraut zu machen. Sie werde es jedenfalls tun, brauche aber auch geeignete Literatur. In diesem Kontext ist m. E. folgende Begebenheit interessant. Als es um ansprechende Literatur über Rosa Luxemburg ging, hielt eine Teilnehmerin ein kleines chinesisches Heft über Rosa Luxemburg in die Höhe. Prof. Narihiko Ito, Vorsitzender der internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft und seit Jahrzehnten mit Forschungen zu Rosa Luxemburg beschäftigt, wurde plötzlich unruhig und eilte zum Rednerpult. Er war sichtlich bewegt, dieser kleinen Broschüre hier wieder zu begegnen und erzählte von seinem ersten Zusammentreffen mit ihr. Das war im Jahre 1974 in der Bibliothek der Harvard Universität in Cambridge, USA. Obwohl er sich in der chinesischen Sprache nicht verständigen kann, ist er in der Lage, die Schriftzeichen zu lesen. So konnte er sich mit dem Inhalt der Broschüre vertraut machen und war begeistert von der Art und Weise, wie sie der Autor verfasst hatte. Unbedingt wollte er ihn treffen, um sich mit ihm über Rosa Luxemburg auszutauschen. So bat Ito die chinesische Akademie der Wissenschaften, für ihn den Verfasser ausfindig zu

machen. Die chinesischen Kollegen waren auch sehr entgegenkommend und nannten ihm bald die Universität, an welcher der Gesuchte tätig war. Bei nächster Gelegenheit fuhr Prof. Ito nach China und suchte seinen Kollegen auf. Beide stellten fest, dass die sprachliche Verständigung nicht ohne Komplikationen möglich war. Ito war des Chinesischen nicht mächtig und der chinesische Kollege konnte weder englisch noch deutsch. Aber Rosa Luxemburg war ja in Polen geboren, und da beide dort nach historischen Dokumenten von und über Rosa Luxemburg gesucht hatten, war ihnen die polnische Sprache nicht fremd und bot ihnen die Möglichkeit der Verständigung. Das war der Beginn einer bis heute andauernden Freundschaft.

Unterschiedliche Meinungen gab es zu der Auffassung von Prof. Ito, dass Rosa Luxemburg auch eine Feministin gewesen sei. Der bisher erschienenen deutschen Literatur ist das überhaupt nicht zu entnehmen. Ito verwies aber darauf, dass er im Zuge der Herausgabe der 17-bändigen Werke von Rosa Luxemburg in Japan auf Texte in Polnisch gestoßen sei, welche dies bezeugten. Überhaupt zeigt diese umfassende japanische Publikation der Luxemburg-Werke ein beeindruckendes Engagement für die europäische Revolutionärin und für die Geschichte der Arbeiterbewegung.

Mehrfach kam in den internationalen Konferenzen die Sprache auf das Verhältnis von Reform und Revolution. Die sachliche Auseinandersetzung ergab als Quintessenz, dass auf dem Wege konsequenter Reformen revolutionäre Veränderungen in der Gesellschaft angestrebt werden müssen, dass die Gesellschaft von unten verändert werden muss und zwar in einem Prozess und nicht handstreichartig.

In Erfurt auf dem Sozialforum in Deutschland griff die norwegische Historikerin und Politikwissenschaftlerin Tanja Storløkken das Thema auf und sprach über die Auffassungen von Reform und Revolution im Erfurter Programm der Sozialdemokratie und im Programm des von Rosa Luxemburg mitgegründeten Spartakusbundes. Sie charakterisierte Luxemburgs Revolutionsauffassung als einen demokratischen Prozess, als Verbindung zwischen Zielvorstellung und Weg zur Macht. »Der Revolutionsbegriff ist im höchsten Grade umstritten. Deshalb erscheint es mir als eine wichtige und notwendige Aufgabe, wieder eine demokratische und anti-totalitäre Auffassung von der Revolution zu erobern. Zu einer solchen Widereroberung kann das Revolutionsverständnis von Rosa Luxemburg beitragen.«⁷ Storløkken beschreibt den revolutionären Weg Luxemburgs als ein »Ausprobieren«, als »Versuch und Irrtum« in den tatsächlichen politischen und ökonomischen Kämpfen, als eine unbedingte Voraussetzung für Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft.

7 Tanja Storløkken: Reform und Revolution zwischen Erfurt und Spartakus, unveröff. Manuskript, S. 2.

Rosa Luxemburgs Bedeutung für die sozialen Bewegungen heute

In den Seminaren auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre und dem Sozialforum in Deutschland in Erfurt war die aktuelle Bedeutung Rosa Luxemburgs vor allem für die sozialen Bewegungen von Interesse. Es ging um die Frage des Verhältnisses von linken Parteien und Bewegungen, wobei eine teilweise Ablehnung von Parteien der Auffassung gegenüber stand, dass linke Parteien im Parlament Druck und Unterstützung von den Bewegungen brauchen, um deren Interessen im möglichen Maß politisch zu vertreten. Auf großes Interesse stieß

der Vortrag von Isabel Loureiro über Rosa Luxemburg und die zeitgenössischen sozialen Bewegungen am Beispiel der Landlosenbewegung (MST) in Brasilien.

Isabel Loureiro stellte eingangs die Frage, welche Gemeinsamkeiten es zwischen einer Bewegung landloser Landbewohner in Brasilien und der jüdisch-polnischen Sozialistin geben könnte, die sich scharf gegen die Verteilung von Land durch die Bolschewiki an die Bauern wandte, weil dies eine neue Klasse von Kleineigentümern hervorrufen würde, die dann gegen den Sozialismus opponieren würden. Sie findet die Gemeinsamkeiten und die Punkte, in denen Rosa Luxemburg für die MST Inspiration sein kann, wie z. B. die Verteidigung der direkten Aktion und der Erfahrungen der Massen. »Der Gedanke, dass sich die Subjekte im Kampf aufbauen, dass der Kampf die Subjekte formt, ist eine Gemeinsamkeit von Rosa Luxemburg und MST. Für Rosa Luxemburg resultiert das Klassenbewusstsein aus der freien politischen Praxis der Volksmassen, es wird also nicht von außen durch eine spezialisierte Vorhut von Berufsrevolutionären eingeführt.«⁸ João Pedro Stedile, eines der Mitglieder der nationalen Führung der MST, sagt: »Die konkrete Praxis des Kampfes für die Landreform hat uns gelehrt, dass man Erfahrungen nicht kopieren darf, weil jeder Raum, jede lokale Realität neue Elemente mit sich führt, die sich immer wieder – ausgehend von den bereits gesammelten Kenntnissen – neu gestalten.«⁹ Isabel Loureiro benennt noch zwei weitere wichtige Übereinstimmungen zwischen der Luxemburg und der MST: die Verteidigung der radikalen Demokratie und das Ziel des Sozialismus.

Lindsey Collen, eine Aktivistin der afrikanischen Friedensbewegung stellte in ihrem Beitrag¹⁰ auf dem Luxemburg-Seminar in Südafrika fest, dass Demonstrationen als Zeichen der Missbilligung von Kriegen außerordentlich wichtig seien, dass es jedoch in der Natur der Sache liege, dass sie nicht permanent stattfinden können, dass sie auch nachlassen. Die Friedensbewegung müsse deshalb ihre Kraft aus ständiger Aufklärungsarbeit und der Überzeugung ziehen, dass der Kampf für Frieden erfolgreich sein kann in einer Gesellschaft, für die Frieden eines der höchsten Güter ist und zwar in einer sozialistischen Gesellschaft. So, wie es sich Rosa Luxemburg vorstellte. Als wichtige Ausgangspunkte für heutige Kriege charakterisierte sie im Ergebnis einer hochinteressanten Analyse die Militärstützpunkte, die es in aller Welt gäbe – ganz gleich, ob sie von den USA, Großbritannien oder anderen Militärmächten unterhalten würden.

Die Beschäftigung mit Rosa Luxemburg heute bringt interessante Diskussionen und wichtige Ergebnisse zur Selbstverständigung der Linken. Alte und auch neue »Selbstverständlichkeiten« der Linken gilt es konsequent zu hinterfragen. Gehören doch diese Konferenzen und Seminare zu den nicht so zahlreichen Möglichkeiten für Linke verschiedener Couleur, sich über die gegenwärtigen Entwicklungsprobleme sozialistischer Politik auszutauschen. Unterschiedliche Auffassungen, Analyseergebnisse und Erfahrungen sind dringend zu diskutieren, um mit Hilfe von offenen Diskursen schrittweise zumindest punktuell zu gemeinsamen Auffassungen zu kommen oder andere Standpunkte nachvollziehen zu können.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat dabei wichtige Partnerinnen und Partner in aller Welt hinzugewonnen.

8 Isabel Loureiro: Rosa Luxemburg und die Bewegung der Landlosen in Brasilien, in vorliegendem Heft, S. 230.

9 Ebenda, S. 231.

10 Lindsey Collen: Der Kampf für die Schließung von Stützpunkten als Teil des Kampfes für den Sozialismus, unveröff. Manuskript, S. 1.